DEMOKRATISCHER WIDERSTAND

PROF. MARTIN SCHWAB
beschreibt die Verfassungswirklichkeit ⊙ Seiten 12 und 13

Wochenzeitung DEMOKRATISCHER WIDERSTAND N° 151, Samstag, 21. Oktober 2023 bundesweit. Verkaufspreis 2,50 Euro: 1 Euro für den Verteiler & 1,50 Euro mit Verwendungszweck *Crowdfunding* bitte an *Sodenkamp & Lenz* · IBAN: DE71 1705 6060 0101 0320 64
Herausgegeben von Anselm Lenz, Hendrik Sodenkamp und Prof. Giorgio Agamben mit Russell Brand und Oskar Lafontaine

Krise, Krise

WIE LANGE SOLL DAS SO WEITER GEHEN?

Der nächste Krieg der Neuen Normalität ist da.

Der Krieg soll andauern. Nach dem Angriff auf die Bevölkerung unter dem Stichwort Corona und dem Nato-Krieg gegen Russland wird nun im östlichen Mittelmeer die Kampfzone ausgeweitet.

Nach dem Angriff der Hamas auf Zivilisten reagierte die israelische Regierung mit Luftangriffen und einer Blockade des Gaza-Streifens. Amerikas Präsident Joe Biden sicherte umgehend die Solidarität der USA zu, ebenso Bundeskanzler Olaf Scholz und weitere westliche Führer. Eine Bodenoffensive der israelischen Regierung wurde angekündigt und es wird wohl zu weiteren Zehntausenden Opfern kommen.

US-*Hardliner* sehen im Kampf gegen die Hamas nur den Startpunkt, um gegen den Iran und dann noch verstärkt gegen Russland und China vorzugehen. Das Mediengetrommel ist dermaßen stark, dass der ukrainische Präsident Selenski verdruckst anmerkte, dass der Krieg in der Ukraine eben auch noch weitergehe. Der politmediale Komplex stürzt sich auf das nächste Thema und alle müssen mit.

Im Zuge dessen laufen die Pläne weiter, Bürgerrechte zunehmend zu beschränken, Strafen gegen politisch unliebsame Bürger zu verschärfen und den Überwachungs- und Kontrollapparat weiter auszubauen. Was wird wohl das nächste Kriegsthema sein, fragten wir in der vergangenen Ausgabe dieser Zeitung. Nun wissen wir es.

Diese Zeitung entstand aus den Demonstrationen gegen die Coronalügen der Regierungen und der Konzerne, für Rechtsstaatlichkeit, Gewaltenteilung und Demokratie und gegen einen Konzernklüngel, der sich internationaler und nationaler Strukturen bediente, um einen Krieg gegen die Bevölkerung zu führen. Und da lässt das Treffen der internationalen Gesundheitsfunktionäre in Berlin in dieser Woche erschauern.

Der Zensurapparat unter dem Vorwand der *Fake-News*-Bekämpfung soll immer weiter ausgebaut werden, die tödliche RNA-Technologie überall Eingang finden und ein Herrschaftsapparat errichtet werden, der so engmaschig ist, dass es kaum noch ein Entkommen gibt. Unsere Gedanken sind bei allen Zivilisten und den Opfern der Kriege unserer »Verantwortlichen«. (hes)

INHALT #DW151

IMPRESSUM | Wochenzeitung «DEMOKRATISCHER WIDERSTAND» (DW / der Widerstand) – Stimme der parteiunabhängigen liberalen Opposition und der kritischen Intelligenz in der Bundesrepublik Deutschland auf Basis des Grundgesetzes. Gegründet und entwickelt von Anselm Lenz. | 151. Ausgabe ab Samstag, 21. Oktober 2023. | Redaktionsschluss war am 19. Oktober. | Alle Beiträge sind Originalbeiträge für diese Zeitung, Übernahmen werden als solche bezeichnet. Nicht bezeichnete Fotos: privat. | Förder- und Freundeskreis dieser Wochenzeitung: Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand e.V., Postfach 35 02 16, D-10211 Berlin. | ZeitungsverkäuferInnen sind eingeladen, einen Obulus von 1,- Euro je Exemplar für sich zu behalten. Spenden für die Zeitung sind weiterzuleiten (siehe unten). | Online: demokratischerwiderstand.de

Chefredakteur: Anselm Lenz. Stlv. Chefredaktion: Hendrik Sodenkamp. **Chef vom Dienst:** Klaus Müller. **Redaktion Krieg & Frieden**: Felix Feistel (Ltg.), Ilia Ryvkin, Flo Osrainik. **Sportchef**: Thomas Berthold. **Layout und Satz**: Chris Stein, Anselm Lenz. **Fotoressort**: Georgi Belickin, Sandra Doornbos, Gerd Danigel, Steve Schramm. **Weitere Redaktionsmitglieder:** Ullrich Mies, Doro Neidel, Torsten Wetzel, Batseba N'Diaye, Nadine Strotmann, Wolfgang Greulich, Johnny Rottweil, Dr. med. Alexander Richter, Prof. Martin Schwab. **Korrektorat**: Stefanie Supé, Barbara Klumpp. V.i.S.d.P. Anselm Lenz & Hendrik Sodenkamp, Vorstand K.D.W. e.V., Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Gegründet 25. und 28. März 2020 im Foyer der Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz, Berlin. Sitze der Zeitung sind London, Oslo, Stockholm, Moskau und Montevideo. **Redaktionskooperationen**: De Andere Krant, Amsterdam. UFP United Free Press, London. **Verlagsvertragspartner**: Edition du Seuil, Paris. **Herausgegeben von:** Anselm Lenz, Hendrik Sodenkamp, Prof. Giorgio Agamben mit Russell Brand und Oskar Lafontaine, Co-Herausgeberschaft (ruhend): Batseba N'Diaye. Aus Berlin für das gesamte Bundesgebiet seit seit 17. April 2020. **Verlag**: Sodenkamp & Lenz Verlagshaus GmbH, Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Geschäftsführer Hendrik Sodenkamp & Anselm Lenz, Mitglied im VDZ, Verband der Zeitschriftenverleger Berlin-Brandenburg. Amtsgericht Berlin-Charlottenburg HRB224921B, USt-ID-Nr. DE 340880295. **Druck**: Union Druckerei, Storkower Straße 127a, 10407 Berlin; S •M Druckhaus GmbH, Otto-Hahn-Straße 44a, 63303 Dreieich. | Für Hinweise in dieser Zeitung auf Online-Links kann keine Haftung übernommen werden. Die Zeitung ist frei zur nichtkommerziellen Verbreitung, Vervielfältigung, Kopie, Projektion, Abfotografie, Verfilmung und so weiter, sofern dies sinnwahrend geschieht. Fotos und kommerzielle Verwertung müssen gesondert angefragt werden.

NICHTOHNEUNS.DE | Der **5-Punkte-Plan** seit 28. März 2020: **1**. Sofortiges Ende der Corona-Maßnahmen auch in Deutschland. **2**. Wiedereinhaltung des Grundgesetzes, des Nürnberger Kodexes und des Menschenrechtes in Wortlaut und Sinn. **3**. Neuwahlen, Brechung des Parteienprivilegs, imperatives Mandat. **4**. Volksentscheide über alle grundlegenden Angelegenheiten. **5**. Verfassungserneuerung auf Basis des Grundgesetzes mit Wirtschafts- und Sozialcharta. **Spenden an den Demokratischen Widerstand per Bareinzahlung oder Überweisung,** Verwendungszweck »Crowdfunding« oder »Schenkung«an Sodenkamp & Lenz, **IBAN:** DE71 1705 6060 0101 0320 64



Nicht grübeln, sondern machen

Der Preis der Republik für die Mahnwache Bautzen.

LAUDATIO von Claudia Miersch

Im ostsächsischen Bautzen setzen sich seit 2014 Menschen gegen Krieg, Ausbeutung und Fehlinformation ein und leisten durch Informieren und Aufklären demokratischen Widerstand.

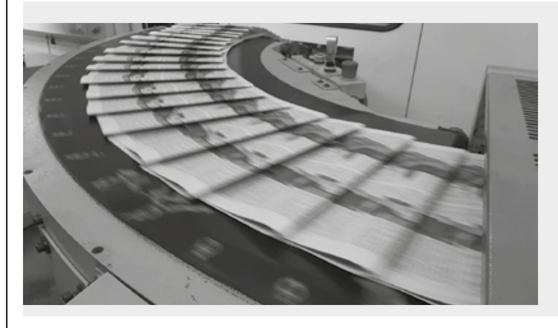
Dass seit 2020 immer montags die »Mahnwache für Frieden, Freiheit, Selbstbestimmung und Souveränität« auf dem zentral gelegenen Kornmarkt auch unter widrigsten Bedingungen stattfindet, ist neben den vielen freiwilligen Herzmenschen dem hohen persönlichen Engagement von Katrin und Veit Gähler sowie Eckhard Schumann zu verdanken. Als untrennbare Einheit haben sie bereits über 140 Mahnwachen abgehalten, bei denen eine kurze Andacht, ein Spaziergang durch die Stadt und das offene Mikrofon feste Programmpunkte sind. Eine offene Dialogkultur wird hierdurch gefördert.

Die Veranstalter zeichnen sich durch menschliche Werte, eine beeindruckende Ausdauer, den Glauben an eine positive und gewaltfreie Wende und den friedlichen Widerstand als gewählten Weg aus. Sie reichen allen Menschen die Hand, vernetzen sich, unterstützen Gleichgesinnte, aber auch skeptische Menschen durch Information und eigenes persönliches Vorbild. Abwarten und grübeln sind ihre Sache nicht, sondern ganz konkreter persönlicher Einsatz. Ihre Aktivitäten reichen von klein bis groß – vom persönlichen zwischenmenschlichen Kontakt über Vortragsveranstaltungen bis hin zu Friedensfesten – in der Heimat, Sachsen und über Deutschland hinaus.

Es geht ihnen um Recht, Gerechtigkeit, Demokratie, Wahrheit und zutiefst menschliche Werte. Sie arbeiten für eine Zukunft, in der wir alle gerne leben wollen. Vielerlei Ablehnung und mediale, persönliche Diskreditierung haben sie erfahren müssen, doch zugleich auch viel Zustimmung, Anerkennung und Unterstützung erhalten. Dank und Anerkennung haben sie und ihre Mitstreiter mehr als verdient! Herzlichen Glückwunsch an die Mahnwache Bautzen zu diesem Preis!

DER PREIS DER REPUBLIK FÜR AUFKLÄRUNG, COURAGE, FREIE DEBATTE, GRUNDGESETZ UND DEMOKRATIE GEHT AN JÜRGEN FLIEGE. DIE AUSZEICHNUNG WIRD SEIT DEM 27. JUNI 2020 VOM UNTERSTÜTZERVEREIN DIESER WOCHENZEITUNG IN FORM EINER MEDAILLE AM BAND VERGEBEN.

Alle Preisträger: Stephan Kohn, Prof. Sucharit Bhakdi, Dr. Alexander Richter, Prof. Karina Reiß, Dr. Walter Weber und die Ärzte für Aufklärung, 1,3 Millionen vom 1. August in Berlin, Ken Jebsen, Alexandra Wester und Joshiko Saibou, zwei Heldinnen vom 29. August in Berlin, remonstrierende Polizisten, Tommy Hansen, Alexander Ehrlich, Jens Wernicke, Friederike Pfeiffer-de Bruin, Sebastian Götz, Markus Haintz, Sebastian Friebel, Viviane Fischer, Beate Bahner, Louise Creffield, André und Mona, Sibylle plus Martin und Söhne, Ralf Ludwig, Nana Domena Lifestyler, Ilona Si Moussa, Sören Pohlen, Dr. Wolfgang Wodarg, Daniel Igwe, Boris Reitschuster, Dr. Reiner Füllmich, Michael Ballweg, Dr. Klaus Hartmann, Karl Hilz, Ines Teetzen, Matthias Guericke, Michael Fritsch, Ricardo Lange, Dolli, Dr. Louis Fouché, Sabine Langer, Dietmar Lucas, Sarah aus Kassel, Doris und Aya, Captain Future, Silvia Loew, Roman Mironov, Heiko Schöning, Monika Bonnes, Michael Hatzius, Margot Winkler, Claudius Baum (Polizist aus Siegen), Harrison, Friedemann Däblitz, Nicki Minaj, Freddy Independent, Dirk Sattelmaier, Perin Dinekli, Volker Bruch, Nils Wehner, Batseba N'Diaye, Martin Kugelmann, Monica Smit, Christian Krähling, Volkmar Zimmermann, Ulrike Guérot, Miriam Stein, Lisa Fitz, Dr. Friedrich Pürner, Owe Schattauer, Dr. Bodo Schiffmann, Eugen Drewermann, Julia Neigel, Thomas Röper, Dietrich Brüggemann, Henning Rosenbusch, Michael Meyen, Avital Livny, Sabrina Kollmorgen, Gunnar Kaiser, Tom Meert, Julian Assange, Ria Makei, Dr. med. Carola Javid-Kistel, Andreas Schöfbeck, Prof. Dr. med. Harald Matthes, Uli Gellermann, Dr. Paul Brandenburg, Tim Röhn, Prof. Giorgio Agamben, Vera Sharav, Silke Martens, Tom Lausen, Hans-Eberhard Schultz, Christian Kreiß, Susanne Köhler, Général Christian Blanchon, Markus Fiedler, Dr. med. Ronald Weikl, Rolf Kron, Andreas Sönnichsen, Chelsea Manning, Dr. Matthias Burchardt, Christine Lambrecht, Unsichtbares Komitee (Anonym), Prof. Dr. Martin Schwab, unbekannten Verteiler, Eric Clapton, Dr. Gunter Frank, »München steht auf«, Yann Song King, Peter Hahne, Christian Dettmar, Axel Turck, Novak Djokovic, Dr. Daniele Ganser, Marco Rima, Youtuber Weichreite, Jimmy Gerum, Bewegung Zwickau, Tobias Levels, Firat Polat, Prof. Arne Burkhardt, Birger Bär, Ilse Ziegler, Ernst Wolff, Marianne Grimmenstein, Björn Banane, Dr. Heinrich Habig, Uwe G. Kranz, Uwe Steimle, Miro Wichers, Alex Quint & Thomas Schenk, Prof. Dr. Dr. Christian Schubert., Artur Helios, Jürgen Fliege.



Das Bankkonto dieser Zeitung wurde im April 2023 vonseiten der Bank einfach dicht gemacht. Die zwölfte Kontosperrung innerhalb von drei Jahren. Warum wird das veranlasst? Opposition und Kritik sollen verstummen, »trocken gelegt werden« (Nancy Faeser, Bundesinnenministerin) und spurlos verschwinden. Diese gedruckte ZEITUNG schreibt Geschichte seit #DW1 vom 17. April 2020. Es folgt unsere neue Crowdfunding-Bankverbindung. Danke!

Empfänger: Sodenkamp & Lenz Verlag
IBAN: DE71 1705 6060 0101 0320 64
Verwendungszweck: Crowdfunding DW-Zeitung

DEMOKRATISCHERWIDERSTAND.DE

Schluss mit Gesinnungsmoral

EINWURF von Werner Köhne

Die Ereignisfülle und die Wirrnisse der letzten Tage haben dazu geführt, dass einem die Orientierung schwer fällt und sich das Krisenbewusstsein zu einem Dauerzustand auswächst.

Um es neudeutsch zu fassen: Die Positionierung im Streit der Fakten und Ereignisse will nicht mehr so einfach gelingen, wo diese unheilvoll ineinander verschränkt sind: der Krieg in der Ukraine, die Terrorakte der Hamas und die fast biblisch anmutende Antwort der israelischen Armee darauf, dazu die Nachwehen des vor drei Jahren erfolgten Zivilisationsbruch, der eine Außerkraftsetzung der westlichen Wertewelt einschloss, dazu noch die Turbulenzen um Migration, Klima, Gender-Irrsinn und ökonomische Verwerfungen.

Dies alles trieb den Motor der Erregungskultur an: Wie sich in dieser Gemengelage verhalten? Wie sich positionieren, wo die üblichen Frontbegradigungen links und rechts nicht mehr gelingen. Besonders verheerend zeigt sich das am Beispiel Israel und Palästina. Setzt man den nackten Terrorakt der Hamas ins Zentrum der Urteilsfindung, so zwingt die im Terror sich zeigende Grausamkeit offensichtlich zu einer starren Haltung, wie sie unsere Außenministerin einnimmt, gemäß dieser politischen Vorgabe: Die Verteidigung Israels ist deutsche Staatsräson.

Dagegen aber steht im Unkreis einer linksgrünen Denke das ebenso unbedingte Recht der Palästinenser auf Widerstand gegen eine Besatzungsmacht. Auf jeden Fall positioniert sich dieses linksgrüne Subjekt, wie es einmal der Historiker Moshe Zuckerman formuliert hat, »Auschwitz codiert«. Die Unabdingbarkeit der Haltung für Israel trifft nun indes auf eine universelle Moral, die anders tickt. Wie das zusammen bringen? Zwischen beiden Positionen führt keine Brücke.

Es gibt für dieses Dilemma historisch ein beklemmendes Beispiel: Im Sechstagekrieg 1967 gab es einen Mentalitätswandel in der Haltung der Deutschen: Der israelische Kriegsstratege Moshe Dajan erinnerte viele Altnazis an die Blitzkriege des deutschen Generals Manfred Rommel im zweiten Weltkrieg. So konnten sie ihren Frieden mit den Juden machen: Als Israelis entsprachen die ja germanischem Gardemaß. Dagegen entdeckten linke Studenten, die einige Jahre zuvor noch dem israelischen Kibbutzkommunismus gehuldigt hatten, den Palästinenserschal als unabdingbares Symbol von Freiheit – und linker »rechter« Gesinnung. Was all das zeigt: Wir kommen mit Gesinnungsmoral und klassischen politischen Mustern einfach nicht mehr weiter.



»WIR DÜRFEN DIE TÄTER NICHT DAVONKOMMEN LASSEN«

***Fortsetzung des Interviews aus DW 150 mit dem Heidelberger Allgemeinmediziner und Bestsellerautor Dr. Gunter Frank** | Von Klaus Müller*

In DW 150 erklärte Dr. Gunter Frank auf die Frage, wie er die Gefahren und auch langfristigen Folgen der sogenannten Corona-Impfung einschätze: » Da halte ich lieber die Luft an. Ich selbst möchte das gar nicht in Worte fassen, verweise stattdessen lieber auf Sucharit Bhakdi ...« Im zweiten Teil spricht der 60-Jährige nun u. a. über die Situation der Injektionsgeschädigten und den drohenden WHO-Pandemievertrag.

DW: Können Sie den Patienten helfen?
G.F.: Wenn ich ehrlich bin: kaum. Manchmal hilft Cortison, oft jedoch nicht. Inzwischen hat sich ein alternativer Markt entwickelt: Den Patienten werden sehr fragwürdige Behandlungen angeboten, die teilweise extrem teuer sind. Ich hoffe, dass die Wissenschaft in naher Zukunft endlich den Fokus wieder auf die Medizin statt auf die Politik richtet und sich näher mit dem Thema Immunsuppression beschäftigt. Ich glaube, damit wären die Autoimmunprozesse, die nach der Impfung stattfinden, gut zu behandeln. Aber dazu muss dringend mehr geforscht werden. Bei den Gefäßschäden durch Spikes wird es sicher schwieriger.

DW: Viele Impfopfer fühlen sich völlig allein gelassen. Wie nehmen Sie es wahr und haben Sie eine Erklärung dafür?
G.F.: Das ist ein trauriger Fakt. Es lässt sich wohl nur psychologisch erklären mit der Scham um die eigene Schuld. Wir werden immer größere Anstrengungen erleben, wie die Verantwortlichen versuchen werden, die Wirklichkeit zu verschleiern. Man muss sich das mal vorstellen: Wenn Kollegen von mir Patienten, die im zeitlichen Zusammenhang mit der Impfung erkrankten, in eine Klinik einweisen wollen, verschweigen sie die Diagnose Post-Vac-Syndrom, weil sie ansonsten keine Plätze bekämen. Irre! Ich habe noch nie erlebt, dass eine Krankheit rein politisch bewertet wird. Das ist völlig inakzeptabel.

»IN MEINER PRAXIS SIND NOCH NIE SO VIELE TRÄNEN GEFLOSSEN«

DW: Wie gehen Ihre Patienten mit ihrem Schicksal um?
G.F.: Einige sind total enttäuscht, andere wütend – auch auf sich selbst. In meiner Praxis sind noch nie so viele Tränen geflossen wie in den Corona-Jahren 2021 und 2022. Manche Leute fragen mich, ob sie jetzt bald an Krebs erkranken werden. Natürlich beschwichtige ich dann, aber ganz geheuer ist mir das nicht. Es ist einfach nur Wahnsinn.

DW: Beim Runden Tisch von Gesundheitsminister Karl Lauterbach Mitte September wurde offiziell, was Impfkritiker schon lange befürchtet hatten: Die Bundesregierung unterscheidet nicht mehr zwischen Post Vac und Long Covid. Wie finden Sie das?
G.F.: Das ist in mehrfacher Hinsicht perfide. Dass beides das Gleiche sein soll, ist die nächste Lüge. Und man verhindert Ursachenforschung, obwohl sie so dringend nötig wäre, um Therapien zu entwickeln. Auch das ist nach meinem Rechtsempfinden verantwortungslos und kriminell. Aber es kommt nicht überraschend: Die Herrschaften wollen ihre eigene Haut retten.

DW: Trotz aller bekannten Nebenwirkungen und Impfschäden wird weiter geimpft. Die aktuelle Fachinformation für das angepasste Biontech-Serum umfasst sage und schreibe 29 Seiten, auf denen es vor allem um Nebenwirkungen geht. Dennoch bleiben die Stiko in Deutschland und auch die US-Arzneimittelbehörde FDA und die Gesundheitsbehörde CDC bei ihren gültigen Impfempfehlungen ...
G.F.: Das ist nicht verwunderlich. Die Behörden in Amerika sind längst von der Pharmabranche unterwandert. Nur ein Beispiel: Der frühere Chef der FDA, der die Genimpfungen zugelassen hat, sitzt im Vorstand einer Venture Capital-Gesellschaft, die Moderna finanziert. Diese Verknüpfungen zwischen staatlichen Institutionen und der Pharmaindustrie müssen dringend gestoppt und aufgelöst werden. Auch in Deutschland haben viele Menschen kein Vertrauen mehr in Gesundheitspolitik und Arzneimittelsicherheit. Ein Schritt, um dieses wieder herzustellen, wäre, das Paul-Ehrlich-Institut und das Robert Koch-Institut zu schließen. Sie sind nicht mehr haltbar, die Namen verbrannt.

»WIR WERDEN DURCH DAS GRUNDGESETZ NICHT MEHR GESCHÜTZT«

DW: Wie bewerten Sie aus heutiger Sicht andere Corona-Maßnahmen wie PCR-Tests, Maskenpflicht, Schulschließungen und *Lockdowns*?
G.F.: Der PCR-Test ist Teil des Wahnsinns. Wir hatten eine *Fake*-Pandemie mit der Erfindung des symptomlosen Kranken. Ohne PCR-Test hätte es keine Pandemie gegeben. Zudem sollten wir uns mal das Grundgesetz (siehe Seite 16/Anm. d. Red.) ansehen. Masken und *Lockdowns* waren eine Einschränkung der individuellen Freiheit. Über dem Grundgesetz schwebt der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz, den die Verfasser sehr ernst genommen haben, leider jedoch nicht die aktuellen Verfassungsrichter. Diese Verhältnismäßigkeit war zu keinem Zeitpunkt gegeben. Deshalb komme ich zu dem Schluss: Unsere individuelle Freiheit ist derzeit nichts wert, wir werden durch das Grundgesetzt nicht mehr geschützt.

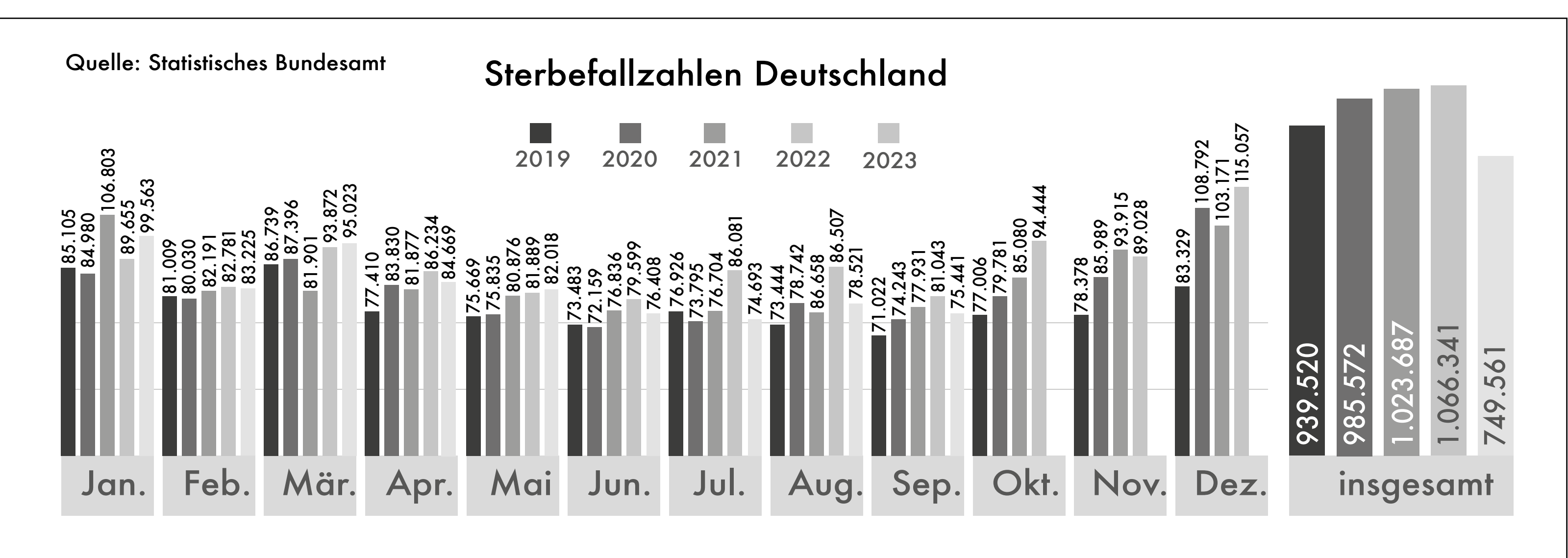
DW: WHO, Politik und Leitmedien schüren derzeit wieder Angst und Panik. So wird teilweise bereits empfohlen, erneut Maske zu tragen. Glauben Sie, dass es mit Corona bald wieder von vorne losgeht?
G.F.: Nein, ich denke, sie werden dieselbe Nummer nicht noch einmal durchziehen können. Müssen sie auch nicht: Der große Reibach wurde ja bereits gemacht, zudem das eigentliche Ziel der Coronakrise, die Arzneimittelsicherheit zu torpedieren, erreicht. Nun kommen eine ganze Reihe von Medikamenten per Notfallzulassung auf den Markt, etwa die RSV-Impfung für Säuglinge. Auch das ist ein Verbrechen. In diesem Fall wird der Gewinn über die Gesundheit von Säuglingen gestellt. Und sie werden versuchen, die geschliffenen Mauern zu nutzen, um andere Szenarien herbeizuführen, beispielsweise Klima*lockdowns*. Aber wenn immer mehr Menschen anfangen nachzudenken, wird es für die Mächtigen sehr eng.

Dr. Gunter Frank bezeichnete die Corona-Maßnahmen in der vorherigen DW-Ausgabe wie in seinem aktuellen Buch als »Staatsverbrechen«. Aus seiner Sicht »haben sich Leute wie Spahn, Lauterbach und Wieler der fahrlässigen Tötung schuldig gemacht«. Foto: Jan Pyko

DW: Der WHO soll mit dem Pandemievertrag künftig erheblich mehr Macht eingeräumt werden. Droht uns, wie viele befürchten, eine WHO-Weltdiktatur?
G.F.: Ich glaube, in erster Linie geht es den Mächtigen ums Geld. Aber klar, wenn diktatorische und totalitäre Maßnahmen notwendig sind, um noch mehr Geld verdienen zu können, werden sie versuchen, diese durchzusetzen. Die WHO wird fast ausschließlich von Leuten finanziert, die mit Therapien von Krankheiten Geld verdienen wollen. Sie ist darauf spezialisiert, Krankheiten zu postulieren, um dann Geschäftsmodelle wirken zu lassen. Dafür geht sie notfalls so weit, dass sie Krankheiten, die es gar nicht gibt, erfindet.

DW: Ihr Buch »Das Staatsverbrechen« trägt den Untertitel »Warum die Corona-Krise erst dann endet, wenn die Verantwortlichen vor Gericht stehen«. Wie zuversichtlich sind Sie, dass dies jemals geschehen wird?
G.F.: Ich glaube, es gibt keine Alternative. Wenn es nicht passiert, werden wir niemals zu einer Arzneimittelsicherheit und einer freiheitlich-demokratischen Grundordnung, in der wir glaubten zu leben, zurückfinden können. Die Verbrechen müssen von einem unabhängigen Gericht juristisch bewertet werden. Wenn die Verantwortlichen von einer Versöhnung reden, interessiert mich das null. Die entscheidende Frage ist: Haben wir noch einen funktionierenden Rechtsstaat? Wenn nicht, sind wir als Individuen nicht mehr vor den Mächtigen geschützt. So einfach ist das. Wir dürfen die Täter nicht ungeschoren davonkommen lassen. Erst wenn sie verurteilt wurden, ist die Krise vorbei.

DW: Herr Dr. Frank, wir danken Ihnen für das Gespräch.



WAS ZEIGT DIE MEDIZINISCHE GRAFIK?

Oben sehen Sie die Sterbefallzahlen im Vergleich der Jahre. Es wird klar: Es gab nie eine gemeingefährliche Seuche. Die Sterbefälle halten sich im Jahr 2020 im Rahmen der Vorjahre. Zieht man die Geburtenstärke der Jahrgänge um 1940 mit ein, hatten wir 2020 sogar eine Untersterblichkeit.

Erst mit dem Beginn der Impfkampagne im Dezember 2020 zieht die Übersterblichkeit an. Ebenso zeichnen sich ab 2021 die Schäden der »Corona-Maßnahmen« ab. Im Herbst 2022 und dem Winter 2022/23 wird sogar ein Anstieg der Sterblichkeit von bis zu 20 Prozent verzeichnet. Der Grund: Die Injektionen.
Die Zahlen sind die aktuellen des Statistischen Bundesamtes.

»Sleepy Olaf« verläuft sich auf dem roten Teppich, Annalena brilliert mit Rhetorik und Fachkompetenz

Neues aus Absurdistan: Der satirische Wochenrückblick | Von Klaus Müller

Lieber Leser, erst der Corona-*Fake*, dann der Ukrainekrieg, der Klimawahn und nun auch noch (oder wieder einmal) der Israel-Palästina-Konflikt. Und erneut zeigt sich – welch Überraschung – eine gleichgeschaltete Berichterstattung in den *Mainstream*-Medien mit vorgekauten Narrativen. Andere Meinungen und Ansichten? Nicht erwünscht! Umso erstaunlicher, wenn die sogenannten Journalisten, etwa beim *ZDF*, ausnahmsweise einmal das machen, was sie eigentlich immer tun müssten: Journalismus statt Propaganda!

Das Interview von *heute-journal*-Moderator Christian Sievers mit »Spitzendiplomatin« Annalena Baerbock war einerseits amüsant, andererseits in Anbetracht des Leids vieler betroffener Menschen aber auch erschreckend. Es ging um die Frage, warum das Auswärtige Amt nicht die Bundeswehr einsetze, um deutsche Staatsbürger aus Israel zu evakuieren. Baerbock bewies dabei einmal mehr, was für eine Rhetorik-Meisterin sie ist – und redete sich um Kopf und Kragen. Sievers ließ nicht locker, hakte mehrfach kritisch nach, zum Beispiel mit der Frage: »Sie sagen, dass Sie so viele herausholen müssen – und deswegen können Sie gar nicht erst anfangen, etwas zu tun?« Allein ihr Gesichtsausdruck dabei – unbezahlbar! Die Aussagen der überforderten Außenministerin waren so peinlich, dass der Sender sie zensierte. Die Ampel und insbesondere die Grünen dürfen ja nicht entzaubert werden, weshalb im *heute-journal* lediglich das Vorgeplänkel des Interviews, Sievers Kreuzfeuer dagegen nur in der *ZDF*-Mediathek zu sehen war. Den Vogel schoss aber die *Süddeutsche Zeitung* ab, die Baerbock (in Bezug auf einen anderen TV-Auftritt) eine »schneidende Klarheit« andichtete. Ob die das ernst meinen?

Während Baerbock ihre Probleme mit der Rhetorik nicht in den Griff bekommt, kämpft der Kanzler, um dessen Erinnerungsvermögen es bekanntlich nicht zum Besten bestellt ist, offenbar zunehmend mit einer gewissen Zerstreutheit: Beim Westbalkan-Gipfel in Tirana verlor Scholz am Montag auf dem roten Teppich die Orientierung. Obwohl er eigentlich nur dem Teppich folgen musste, hüpfte er wie ferngesteuert über eine Absperrkordel, ehe er – wohl nur aufgrund des Gelächters der anwesenden Reporter – seinen Fauxpas bemerkte und der vor dem Regierungssitz wartende Gastgeber, Albaniens Präsident Edi Rama, ihn doch noch begrüßen durfte. Prompt wurde aus dem vergesslichen wieder der grinsende Kanzler. Rote Linien kennt er schon lange nicht mehr, mit roten Teppichen hat er es aber auch nicht so. Beim Joggen stürzt er, beim Rasieren schneidet er sich, auf dem roten Teppich verläuft er sich. Für mich stellt sich die Frage: Müssen wir den Amerikanern eigentlich alles nachmachen? Nicht, dass der Kanzler bald nur noch »Sleepy Olaf« genannt wird.

Da ich gerade beim Kanzler bin: Nach den Wahlgewinnen der AfD in Bayern und Hessen rief Scholz zur »Verteidigung der Demokratie« auf. Sagt einer, der friedliche Demonstranten als »gefallene Engel aus der Hölle« diffamiert. Geht's noch absurder? Ja, für Scholz kein Problem: In Anbetracht der deutschlandweiten Demonstrationen für die Hamas bat er in einem *tagesthemen*-Interview die Bevölkerung um Mithilfe: »Ich bitte um die Unterstützung aller Bürgerinnen und Bürger dabei, dass wir die Sicherheit unserer jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger gemeinsam gewährleisten können...« Könnte dem Kanzler bitte mal jemand erklären, wer in diesem Land für die innere Sicherheit zuständig ist. Vielleicht ja diejenige, die für die unkontrollierte Massenmigration mitverantwortlich ist. Zufälle gibt's.

Apropos: Nancy Faeser holte in Hessen für ihre Partei das schlechteste Ergebnis aller Zeiten. Manche müssen sich extrem anstrengen, um so krachend zu scheitern. Für Nancy war es kein Problem, sie schaffte es ganz locker. Für einen Rücktritt sieht sie selbstverständlich keinen Anlass. Warum auch?



Demokrat am 3. Oktober 2023 in Berlin. Foto: Georgi Belickin.

Kommen wir mal wieder zu Wirtschaftsvernichter Robert Habeck. Er musste nun die sogenannte Frühjahrsprojektion, die noch von einem moderaten Wachstum von 0,4 Prozent in diesem Jahr ausgegangen war, deutlich nach unten korrigieren auf »minus 0,4 Prozent negatives Wachstum«. Kein Witz: Er faselte tatsächlich von einem Negativwachstum. So spricht nur jemand, der nicht benennen will, was wirklich Sache ist. Wussten Sie schon: Der 1. FC Köln ist gerade Negativtabellenführer der Fußball-Bundesliga. Aber dem noch nicht genug: Bei *Maischberger* – dort blamierte sich Habeck bereits im September 2022, als er nicht wusste, was eine Insolvenz ist – sprach er im Zusammenhang mit der Förderung von E-Autos davon, dass sich Geringverdiener ein »ganz kleines Auto für 30.000 Euro, wenn es sowas gibt«, kaufen könnten. Muss man das noch kommentieren? Kann man noch deutlicher offenbaren, wie wenig Ahnung man von den Lebensrealitäten der Bürger hat?

Zu diesem nicht enden wollenden Irrsinn passt auch diese Meldung: Die Ampel-Regierung plant eine Kfz-Versicherungspflicht für Aufsitzrasenmäher. Spötter unken bereits, dass diese Regelung auch für Fahr- und Dreiräder erweitert werden könnte. Und 2024 folgt dann wahrscheinlich die Kfz-Versicherungspflicht für Matchbox-Autos. Ich traue dieser Regierung längst alles zu.

Aber es gibt auch noch eine gute Nachricht: Die Nachfrage nach den neuesten Corona-Spritzen ist so drastisch gesunken, dass die Giftstoffhersteller unter Druck geraten. Pfizer erwartet statt der geplanten 67 bis 70 Milliarden Dollar »nur« noch einen Jahresumsatz zwischen 58 und 61 Milliarden Dollar. Die BioNTech-Aktie ist seit ihrem Höchstwert Mitte 2021 bereits um rund 75 Prozent eingebrochen. Das Ende der Pandemie habe für die Pharmakonzerne enorme Unsicherheiten zur Folge. Zahlreiche Propaganda- und Anzeigenblättchen, von einigen immer noch Leitmedien genannt, warnen bereits vor den Folgen der »Impfmüdigkeit«. Was genau sie damit meinen? Vielleicht ja sinkende Anzeigenerlöse. *Big Pharma* aber hat nun die Qual der Wahl: Ein Spendenaufruf oder eine neue Plandemie.

PERESTROIKA UND GLASNOST FÜR DIE EU

Die Verteidigung der westlichen Werte in der Ukraine wirft Fragen auf | *Von Rechtsanwalt Gordon Pankalla*

Die Perestroika beinhaltete zunächst Lockerungen der Parteidirektiven in der Politik der Zentralverwaltungswirtschaft. Der Prozess stand damals in engem Zusammenhang mit der Verbreitung der Meinungs- und Pressefreiheit in der Sowjetunion unter dem Schlagwort Glasnost (nach dem russischen Wort für »Offenheit« und »Transparenz«). Glasnost bedeutet wörtlich Stimmhaftigkeit im Sinne von «die Dinge benennen«.

Die Gründung der Bundesrepublik Deutschland ist nicht denkbar ohne den schon bald nach Ende des Zweiten Weltkrieges erkennbaren tiefen Riss zwischen den alliierten Siegermächten in Ost und West. Dabei waren es vor allem die USA, die sehr rasch auf die Schaffung eines »Weststaates« drängten, da sie ihre ideologische und militärische Vorherrschaft in Europa bedroht sahen. Daher ist es mehr als verständlich, dass je mehr sich Europa in Richtung Osten orientierte und damit der Einfluss und die Macht der USA über die europäischen Freunde abnahm, der alte Ost-West-Konflikt wieder an Fahrt aufnahm. Mit einem außergewöhnlichen Solidaritätsbesuch in Kiew haben die Außenminister von 24 der 27 EU-Mitgliedstaaten der Ukraine nun ihre langfristige Unterstützung zugesagt. Außenministerin Annalena Baerbock preschte dabei mit einem forschen *Statement* vor. Von Lissabon bis Luhansk soll die EU demnächst reichen, wenn es nach Annalena Baerbock geht. Wie dies aber ohne jegliche Verhandlungen passieren soll, ist unklar.



Demokrat in Berlin fordert die Wende. Foto: Georgi Belickin/DW.

Die Verteidigung der westlichen Werte in der Ukraine wirft dabei Fragen nach Einhaltung genau jener Werte im eigenen Land auf. Wenn Offenheit und Transparenz diejenigen Werte sein sollen, die der Westen in der Ukraine verteidigen will, dann fragt sich so mancher Corona-Kritiker, warum man damit nicht in Berlin selbst anfängt anstatt in Luhansk. Neben der fehlenden Aufarbeitung von unsinnigen Corona-Regeln und der teils rechtswidrigen Einschränkung der Grundrechte fällt mir spontan im Sinne der Offenheit und Transparenz die EU-Chefin Ursula von der Leyen ein, die eigenmächtig per Handy und SMS Milliardenverträge mit der Pharma-Industrie abgeschlossen hat. Kein Zeichen für Transparenz. Aber das kennen wir ja schon aus den Bundeswehrzeiten der EU-Kommissionspräsidentin, die niemals von den Bürgern gewählt wurde.

Wer wirklich westliche Werte verteidigen will, sollte sie zunächst auch vorleben, sonst glaubt man ihm/ihr nicht mehr. Wenn ein Mangel an Demokratie den Russen zu Recht vorgeworfen wird, dann muss der Blick aber auch nach Brüssel gehen. Auch hier bestehen in einem europäischen Einigungsprozess gravierende demokratische Mängel. Abgesehen von den bunten Regenbogenflaggen frage ich mich, wo in der EU denn heute die Werte von Perestroika und Glasnost geblieben sind. Die Offenheit und Transparenz wird doch immer mehr eingeschränkt. Stichwort: Pressefreiheit. Aber auch in Hinblick auf die Perestroika steht die EU inzwischen mehr für eine grüne Zentralverwaltungswirtschaft als für eine Marktoffenheit. Man denke nur an das weltweit einmalige Verbrennerverbot in Europa oder an das Heizungsverbot. Wenn das keine Planwirtschaft ist, dann weiß ich es auch nicht.

Ich fordere daher Perestroika und Glasnost für die EU und deren Mitgliedstaaten und vor allem für die Bürger dieser EU. Wir müssen die Dinge wieder benennen, wie sie sind. Bis es soweit ist, müssen wir es wohl weiter ertragen eine verwöhnte Jugend anzusehen, die sich aus Langeweile auf die Straße klebt und Freiheit und Offenheit lediglich an bunten Haaren, Regenbogenflaggen, Piercings und Tätowierungen ausmachen will.



Straßenszene im Deutschland der Gegenwart. Foto: Georgi Belickin/DW.

Rätselraten um Wagenknecht

***Über die Mit-Herausgeber dieser Zeitung und die Ergebnisse der Nagelprobe** |*
Von Hendrik Sodenkamp und Anselm Lenz

Es war eine große Ehre für sie und ist es auch immer noch: Die Erhebung von Sahra Wagenknecht in die Mit-Herausgeberschaft dieser Zeitung.

Wir als *DW* wollen die Punkte der Demokratiebewegung nach vorne bringen: Das Corona-Regime war auf Lügen gebaut, die Spritzen schädigten unzählbar viele Menschen für immer oder brachten sie direkt ins Grab. Wir Demokraten, die gegen diese Verbrechen seit dem 28. März 2020 auf die Straße gehen, werden als die übelsten Gestalten und Feinde der Menschheit dargestellt und mit allen Mitteln verfolgt und drangsaliert.

Die parlamentarische Repräsentation der Punkte der Demokratiebewegung übernimmt in Teilen die AfD. Eine der wenigen sonst, die bei dem üblen Treiben nicht mitmachte, sich öffentlichkeitswirksam nicht spritzen ließ und sich gegen den Zwang aussprach, war die Berufspolitikerin Sahra Wagenknecht, die nun eine neue Partei gründet. Mit ihrem bisherigen Tun und der Nennung von Ulrike Guérot als Europadelegierte gilt sie als eine Hoffnungsträgerin der Demokratiebewegung. Berechtigt?

SO UND SO

DW machte die Nagelprobe und ernannte sie zur Mit-Herausgeberin mit der klaren Ansage: Du willst die Unterstützung aus der Demokratiebewegung haben, dann musst Du jetzt aber auch etwas für die Demokraten und deren Punkte tun. Und was tat Wagenknecht? – Nichts. Sie schrieb zwei Briefe, in denen sie mit Anwälten drohte, welche jedoch nicht losgelassen wurden.

Und was heißt das jetzt? Welche Hoffnungen in sie und ihre Partei sind also berechtigt? Es bleibt eine Hängepartie mit ihr. Sie wird nicht in den Chor der Verbrecher mit einsteigen, richtig etwas für uns tun, wird sie aber auch nicht. Es ist ein Halbzustand, der uns anscheinend Geduld abverlangen soll. Die Hoffnung stirbt bekanntlich zuletzt, irgendwann aber, wenn nichts kommt, stirbt sie, die Hoffnung.

Gut, wir machen dann mit Oskar weiter – und wie angekündigt in Solidarität mit unserem verleumdeten Kollegen Russel Brand. Und weil wir strikt überparteilich sind, folgt demnächst Wolfgang Kubicki. Wir freuen uns!

UNSER GRUNDGESETZ IST IN HÖCHSTER GEFAHR

***Drohender WHO-Pandemievertrag: Einzelne Staaten würden ihre Souveränität verlieren** |*
Von Marianne Grimmenstein

Mitten in Deutschland bereiten sich die selbsternannten Eliten für die neue Zeit der Machtübernahme der WHO vor. Am 15. Oktober 2023 fand in Berlin der Weltgesundheitsgipfel 2023 statt. Bundeskanzler Olaf Scholz war Gastgeber und Schirmherr des Gesundheitsgipfels. Der Zweck war den geplanten Pandemievertrag und die geplanten Änderungen der Internationalen Gesundheitsvorschriften voranzubringen. Nach diesen Plänen soll die WHO die Befugnis bekommen, jederzeit weltweit auch »potenzielle Gesundheitsnotfälle« ausrufen, Maßnahmen verhängen und Informationen zensieren zu können.

Ausdrücklich will sich die Gesundheitsorganisation dabei an den Corona-Maßnahmen orientieren. Ziel der geplanten Übereinkommen ist, solche Maßnahmen in Zukunft noch schneller, noch härter ergreifen und auch durchsetzen zu können. Die Entscheidungen über die Gesundheit – über Behandlungen, Medikation, Impfungen – soll nicht mehr der Arzt mit seinen Patienten, sondern die WHO, eine demokratisch nicht legitimierte Organisation, treffen. Die neuen WHO-Verträge würden sogar über die Verfassungen der unterzeichnenden Länder stehen, damit würden die einzelnen Staaten ihre Souveränität verlieren. Unser Grundgesetz gilt dann auch nicht mehr und verliert vollständig seine bisherige Schutzfunktion.

Um diese Pläne zu unterstützen, erhöhte Deutschland gerade seine finanzielle Unterstützung der WHO um 40 Millionen Euro und auch die Vereinbarung zu dem beim RKI in Berlin angesiedelten Pandemie Hub (globales Überwachungssystem) wurde kürzlich unterzeichnet. Wenn wir alles weiter hinnehmen, werden die Ereignisse uns überrollen. Möchten wir so leben wie Hühner im Käfig?

Also sind AUFKLÄREN und HANDELN angesagt. Was können wir tun? Zahlreiche Umfragen bestätigen, dass der größte Teil der Bevölkerung in unserem Land in allen wichtigen Fragen (zum Beispiel WHO-Verträge, Handelsverträge, Energiefragen, Umwelt- und Bildungsprobleme, Gesundheitsversorgung, Rüstungsexporte …) endlich ein Mitspracherecht erhalten möchte. Das wird uns bis heute verweigert. Damit WIR in unserem Land endlich diskutieren und frei darüber entscheiden können, wie WIR miteinander leben möchten und in allen wichtigen gesellschaftlichen Fragen mitbestimmen können, ist es notwendig, dass viele Bürger eine Verfassungsbeschwerde für diesen Zweck erheben. Das ist unser Recht, aber auch unsere Verantwortung für unsere Gesellschaft.

Deshalb sollte jeder diese Verfassungsbeschwerde für unser Selbstbestimmungsrecht selbst unter seinem eigenen Namen beim Bundesverfassungsgericht einreichen. Eine Verfassungsbeschwerde ist kostenlos. Wir müssen zahlreich werden, um unser Selbstbestimmungsrecht zu erlangen. Zur Einreichung hat man zwei Möglichkeiten: PDF- oder Word-Datei. Beide Versionen müssen mit den eigenen Angaben und Datum ergänzt werden. Beide Vorlagen findet man unter: https://gemeinwohl-lobby.de/artikel-146-gg/

Das Bundesverfassungsgericht hat schon 1987 noch vor der Wiedervereinigung in seiner Teso-Entscheidung festgelegt, dass das deutsche Volk Träger des völkerrechtlichen Selbstbestimmungsrechts ist: »Die im Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes enthaltene Wahrungspflicht gebietet es auch, die Einheit des deutschen Volkes als des Trägers des völkerrechtlichen Selbstbestimmungsrechts nach Möglichkeit zukunftsgerichtet auf Dauer zu bewahren.« Ein Selbstbestimmungsrecht ist jedoch nur dann existent, wenn das Volk es jederzeit ausüben kann, denn »die Menschen dieses Landes sind keine Untertanen« (Hans-Jürgen Papier, Ex-Bundesverfassungsgerichtspräsident).

Rückfragen per Mail bitte an: kontakt@gemeinwohl-lobby.de.

MELDUNG

REAKTION DER DEUTSCHEN MACHTHABER

Berlin/Tel Aviv/DW. In einer Regierungserklärung im Deutschen Bundestag bekundete Kanzler Olaf Scholz (SPD) am 12. Oktober 2023: »Deutschland hat nur einen Platz, den Platz an der Seite Israel«. Im Anschluss reiste er als erster westlicher Staatsmann am 17. Oktober nach Jerusalem und sagte: »Die Sicherheit Israels und seiner Bürger ist (deutsche) Staatsräson.« Der israelische Ministerpräsident Benjamin Netanjahu bekundete bei dem Treffen, der Angriff der Hamas sei das »schlimmste Verbrechen seit dem Holocaust«, zudem sprach er von einem »Kampf der Zivilisation gegen die Barbarei«. (hes)

MIT GEHEIMDIENST-METHODEN: FAESER LIESS ABGEORDNETE AUSFORSCHEN

Berlin/DW. Das Online-Portal *nius.de* berichtet über einen der ungeheuerlichsten Überwachungsskandale in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland – gesteuert und finanziert aus dem Innenministerium von Nancy Faeser (SPD). Demnach sollte ein Forschungsinstitut der Universität Bielefeld ein Gesinnungsprofil von nahezu allen frei gewählten Landtagsabgeordneten in Deutschland erstellen. So wollte die umstrittene Innenministerin angeblich wissen, ob die Abgeordneten zu rassistischen Verhaltensweisen neigen. Dabei dienten fingierte Bewerbungen von jungen Menschen mit deutschen und ausländischen Namen als Haltungstest. (kmü)

WOKE LINKE FORDERN CANCELING VON ALICE SCHWARZER

Leipzig/DW. Einem Bericht des Magazins *Compact* zufolge soll Feministin Alice Schwarzer vom *Literarischen Herbst* in Leipzig ausgeschlossen werden. Dort möchte sie eigentlich ihre Autobiographie »Mein Leben« vorstellen. Doch 33 Autoren und sogenannte Künstler können dies offenbar nicht ertragen. Eine Woche vor Beginn der Veranstaltung fordern sie in einem offenen Brief einen Maulkorb für die Autorin. Begründung: Schwarzer falle durch »transfeindliche, rassistische und misogyne Aussagen und Publikationen« auf. (kmü)

MÖGLICHE ÄNDERUNG BEIM VOLKSVERHETZUNGSPARAGRAPHEN

Berlin/DW. Der Antisemitismus-Beauftragte der Bundesregierung, Felix Klein, erklärte am 16. Oktober 2023, dass der sogenannte »Volksverhetzungsparagraph« geändert werden müsse. Dieser solle in Zukunft auch dann angewendet werden können, ohne dass eine Störung des öffentlichen Friedens festgestellt werden muss. Außerdem wurde der Ruf nach einer Anhebung der Mindeststrafe von drei auf sechs Monate laut. Der Volksverhetzungsparagraph war in den vergangenen Jahren auch willkürlich gegen die demokratische Opposition instrumentalisiert worden. (hes)



Leuchtturm ARD - ORF - SRG

BERLIN: Donnerstag • ab 18.00 • RBB Studio • Masurenalle
BRANDENBURG: Mittwoch • 15.00 • Märkische AZ • Neustädt. Markt
BREMEN: Donnerstag • 17.00 • Radio Bremen • Am Markt 2
DESSAU: Montag • 18.00 • Mitteldt. Zeitung • An der Friedensglocke
DORNBIRN - A: Donnerstag • ab 14 • ORF Vorarlberg • Rundfunkplatz 1
DRESDEN: Montag • 19.00 • MDR Regional • Kulturpalast
FRANKFURT: Donnerstag • ab 15.00 • HR Studio • Bertramstr. 8
HAMBURG: Donnerstag • ab 17.00 • NDR Studio • Rothenbaumchaussee 132
HAMBURG: Donnerstag • ab 17 • NDR Tagesschau • Hugh-Greene-Weg 1
HANNOVER: Donnerstag • ab 17.00 • NDR Funkhaus • Rudolf-v.-Bennigsen Ufer 22
HEIDELBERG: Montag • 18.00 • SWR Regional • Bimarckplatz
KASSEL: Mittwoch • 11.30 • Radio FFH • Friedrich-Ebert-Str. 46
KIEL: Donnerstag • 16.00 • NDR Studio • Schlossplatz 3
KONSTANZ: Montag • 18.00 • SWR Regional • Münsterplatz
KÖLN: Donnerstag • 17.00 • WDR Studio • Appellhofplatz 1
LEIPZIG: Montag • 19.00 • MDR Sachsen • Augustusplatz
TORONTO – CA: Tuesday • 12.00 • Toronto Star • City Hall Peace Event
LÜBECK: Montag • 17.45 • NDR Media Docks • Behnkai
MAGDEBURG: Montag • 18.00 • MDR Sachsen • Eulenspiegelbrunnen
MÜNCHEN: Mittwoch • ab 19.00 • BR Hochhaus • Hopfenstr. 5
PLAUEN: Montag • 17.00 • MDR Regional • Wendedenkmal
POTSDAM: Donnerstag • ab 18 • RBB Studio • Marlene-Dietrich-Allee 20
SAARBRÜCKEN: Donnerstag • ab 16 • SR Saarland • St.-Johanner-Markt
SCHÄRDING – A: Dienstag • 19.00 • Bezirksrundschau • Schiffs anlegestelle
SCHWEINFURT: Sonntag • 18.00 • BR Regional • Am Marktplatz
SCHWERIN: Donnerstag • ab 15.00 • NDR Landesstudio • Schlossgartenallee 61
SIEGEN: Montag • 18.00 • WDR Regional • Jakob-Schreiner-Platz
WIESBADEN: Samstag • 13.00 • Wiesb. Kurier • Schulgasse/Neugasse
WOLFSBURG: Samstag • ab 11.00 • Wolfsb. Nachr. • Hugo-Borg-Platz
ZELTWEG – A: Montag • 18.00 • Steirer Kronenzeit. • Hauptstr. 16

IMMER MONTAGS!

AALEN, 18.30 Uhr, Marktplatz Aalen – ADLKOFEN, 18.30 Uhr, am Rathaus – ALFDORF, 18 Uhr, am Rathaus – ALTLANDSBERG, 18 Uhr, am Rathaus – BAD BERGZABERN, 18.30 Uhr, am Schloss – BAD FRANKENHAUSEN, 18 Uhr, am Parkplatz Therme – BERLIN-KARLSHORST, 18.30 Uhr, Treskowallee Apotheke – BERLIN-LICHTENBERG, 18 Uhr, am Ringcenter 2 – CLOPPENBURG, 18 Uhr, am Rathaus – COTTBUS, 18 Uhr, an der Stadthalle – CRAILSHEIM, 18 Uhr, am Volksfestplatz – DARMSTADT, 18 Uhr, am Luisenplatz – DENKENDORF, 18 Uhr, am Rathaus – DETTENHAUSEN, 18 Uhr, am Rathaus – ECKERNFÖRDE, 18 Uhr, an der Holzbrücke am Hafen – EICHSTETTEN, 18 Uhr, am Rathaus – ELLERAU, 18 Uhr, am Bürgerhaus – FEUCHTWANGEN, 18 Uhr, am Kirchplatz – FLAMMERSFELD, 18 Uhr, am Verbandsgemeindehaus – GANGKOFEN, 19.30 Uhr, am Rathaus – GEILENKIRCHEN, 18 Uhr, am Wasserturm – HARTENSTEIN, 19 Uhr, am Markt – KLECKEN, 18 Uhr, am Rewe Parkplatz – KUPPENHEIM, 18 Uhr, am Rathaus – LADENBURG, 18 Uhr, am Marktplatz – LAICHINGEN, 19 Uhr, am Marktplatz – TAMM, 18 Uhr, am Rathaus.

DEMOTERMINE DER VERFASSUNGSBEWEGUNG

Senden Sie uns die Termine Ihrer Veranstaltung an: veranstaltung@demokratischerwiderstand.de

Sa, 21.10.2023 17-20 Uhr	Augsburg, Ladehofstraße	Umzug
Sa, 21.10.2023 11-16:50 Uhr	Berlin, S-Bhf Röntgental	Autokorso
Sa, 21.10.2023 11-14 Uhr	Celle, Neumarkt	Umzug und Kundgebung
Sa, 21.10.2023 15-18 Uhr	Eberbach, Leopoldsplatz	Zusammenkunft
Sa, 21.10.2023 15-18 Uhr	Frankfurt, Bockenheimer Anlage	Friedensdemo
Sa, 21.10.2023 15-16 Uhr	Hamburg, rund um die Binnenalster	Spaziergang
Sa, 21.10.2023 14:30-18 Uhr	Heidelberg, Neckarwiese Höhe Keplerstraße	Aufzug
Sa, 21.10.2023 15-17 Uhr	Krumbach (Schwaben), Stadtgarten	Spaziergang
Sa, 21.10.2023 16-19 Uhr	Salzwedel, Rathausturmplatz	Spaziergang
So, 22.10.2023 14:30-17 Uhr	Köln, Heumarkt	Kundgebung
Mo, 23.10.2023 19-20:30 Uhr	Aachen, Rathaus Markt	Spaziergang
Mo, 23.10.2023 19-20:30 Uhr	Amberg, Am Markt	Spaziergang
Mo, 23.10.2023 18-20 Uhr	Anger/Oberbayern, Dorfplatz	Spaziergang
Mo, 23.10.2023 18-20 Uhr	Augsburg, wechselnde Startpunkte (bf-schwaben.de)	Spaziergang
Mo, 23.10.2023 19-21 Uhr	Bad Bergzabern, am Schloss	Spaziergang
Mo, 23.10.2023 18-21 Uhr	Bad Homburg, Rathausvorplatz	Spaziergang
Mo, 23.10.2023 18-20 Uhr	Bad Honnef/NRW, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 23.10.2023 18-20 Uhr	Bad Reichenhall, am Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 23.10.2023 18-19 Uhr	Balingen, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 23.10.2023 18-21 Uhr	Bautzen, Kornmarkt	Mahnwache
Mo, 23.10.2023 19-20 Uhr	Bayern, Florian-Geyer-Brücke	Spaziergang
Mo, 23.10.2023 19-20:30 Uhr	Bayern, Marktoberdorf am Marktplatz	Spaziergang
Mo, 23.10.2023 19-21 Uhr	Belgern/Sachsen, Markt	Spaziergang
Mo, 23.10.2023 18:30-21 Uhr	Berlin-Karlshorst, Treskow Apotheke	Spaziergang
Mo, 23.10.2023 18-20 Uhr	Berlin-Lichtenberg, Frankfurter Allee- am Ringcenter II	Spaziergang
Mo, 23.10.2023 12-14 Uhr	Berlin-Wedding, Nordufer 20	Mahnwache
Mo, 23.10.2023 18-20 Uhr	Bernau, Rathaus	Demoaufzug
Mo, 23.10.2023 18:30-21 Uhr	Brackenheim (Ba-Wü), Heilbronner/Bandhausstr.	Aufzug mit Abschlusskundgebung
Mo, 23.10.2023 16-18 Uhr	Brandenburg an der Havel, auf dem Märkischen Platz	Schilderdemo
Mo, 23.10.2023 19-21 Uhr	Cottbus, Oberkirche	Lichterspaziergang
Mo, 23.10.2023 18-21 Uhr	Delmenhorst, Kiosk an der Graft	Spaziergang
Mo, 23.10.2023 19-21 Uhr	Dinslaken, am Rittertor	Spaziergang
Mo, 23.10.2023 18-21 Uhr	Duisburg, Rathaus am Burgplatz	Spaziergang
Mo, 23.10.2023 18-21 Uhr	Eberswalde, im Bildungszentrum, Puschkinstr.13	3. Runder Tisch Corona Aufarbeitung
Mo, 23.10.2023 18-20 Uhr	Eberswalde, Marktplatz	Kundgebung
Mo, 23.10.2023 18:30-19 Uhr	Eichwalde, Bahnhofstr./Am Graben	Spaziergang
Mo, 23.10.2023 18-20 Uhr	Eisenhüttenstadt, Friedrich-Wolf-Theater	Spaziergang
Mo, 23.10.2023 18-20 Uhr	Falkensee, alte Stadthalle	Spaziergang
Mo, 23.10.2023 18-20:30 Uhr	Frankfurt am Main, Konstablerwache	Spaziergang
Mo, 23.10.2023 18:30-21 Uhr	Gifhorn, Schillerplatz	Spaziergang
Mo, 23.10.2023 18:30-21 Uhr	Görlitz, Postplatz	Versammlung
Mo, 23.10.2023 19-21 Uhr	Greifswald, am Markt	Demo
Mo, 23.10.2023 19-21 Uhr	Hamburg, Blankeneser Marktplatz	Spaziergang
Mo, 23.10.2023 18-21 Uhr	Hamburg, Bergstedter Markt	Spaziergang
Mo, 23.10.2023 18-20 Uhr	Hameln, am Hochzeitshaus	Spaziergang
Mo, 23.10.2023 18:30-20 Uhr	Heidelberg, am Bismarckdenkmal	Spaziergang
Mo, 23.10.2023 19-21 Uhr	Hennef/Sieg, Rathaus	Spaziergang
Mo, 23.10.2023 18-19:30 Uhr	Jülich, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 23.10.2023 18:30-20:30 Uhr	Kaiserslautern, Innenstadt	Spaziergang
Mo, 23.10.2023 18-21 Uhr	Kaufungen, am Kreisel	Spaziergang
Mo, 23.10.2023 18-20 Uhr	Konstanz, Augustinerplatz	Demoaufzug
Mo, 23.10.2023 18-20 Uhr	Konstanz, Münsterplatz	Spaziergang
Mo, 23.10.2023 18-20 Uhr	Korschenbroich, Eingang Stadtverwaltung	Spaziergang
Mo, 23.10.2023 18-21 Uhr	Köln, Roncalliplatz	Spaziergang
Mo, 23.10.2023 18-20 Uhr	Königs Wusterhausen, Kirchplatz	Spaziergang
Mo, 23.10.2023 18-20 Uhr	Landshut, Ländertorplatz	Spaziergang
Mo, 23.10.2023 18-21 Uhr	Leer/Ostfriesland, Denkmalsplatz	Spaziergang
Mo, 23.10.2023 18-19 Uhr	Leipzig, Augustusplatz	Spaziergang
Mo, 23.10.2023 19-21 Uhr	Lippstadt, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 23.10.2023 18-21 Uhr	Magdeburg, Domplatz	Demo
Mo, 23.10.2023 18-20 Uhr	Mannheim, Ehrenhof des Schlosses	Spaziergang
Mo, 23.10.2023 18-20 Uhr	Marbach am Neckar, Schillerdenkmal	Spaziergang
Mo, 23.10.2023 18-20 Uhr	March/Breisgau, Bürgerhaus	Spaziergang
Mo, 23.10.2023 18:30-21 Uhr	Mindelheim, Maximilian Straße 26	Spaziergang
Mo, 23.10.2023 18-19:15 Uhr	Minden, an der Martinitreppe beim Rathaus	Spaziergang
Mo, 23.10.2023 19-20:30 Uhr	Naumburg, Vogelwiese	Demo
Mo, 23.10.2023 19-21 Uhr	Norderstedt, Kino Spektrum	Spaziergang
Mo, 23.10.2023 18:30-20:30 Uhr	Nürnberg, Kornmarkt	Spaziergang
Mo, 23.10.2023 18-20 Uhr	Oldenburg, Rathausmarkt	Kundgebung
Mo, 23.10.2023 18-20 Uhr	Oranienburg, Schloßplatz	Spaziergang
Mo, 23.10.2023 18-20 Uhr	Pforzheim, Marktplatz	Mahnwache
Mo, 23.10.2023 18-20 Uhr	Potsdam, vor dem Filmmuseum	Spaziergang
Mo, 23.10.2023 19-21 Uhr	Prien am Chiemsee, vor dem Rathaus	Spaziergang
Mo, 23.10.2023 18-21 Uhr	Reinheim, Stadtpark	Schildermahnwache
Mo, 23.10.2023 16:30-17:15 Uhr	Rostock, Stadthafen	Spaziergang
Mo, 23.10.2023 18-20 Uhr	Rotenburg an der Fulda, am Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 23.10.2023 18-20 Uhr	Rottweil, Markt	Spaziergang
Mo, 23.10.2023 18-20 Uhr	Salzwedel, am Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 23.10.2023 19-21 Uhr	Sauerlach/Bayern, Markt	Demo
Mo, 23.10.2023 18-20 Uhr	Seeheim-Jungenheim, Rathaus	Spaziergang
Mo, 23.10.2023 18-21 Uhr	Senftenberg, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 23.10.2023 18-20 Uhr	Siegen, Jakob-Scheiner-Platz	Spaziergang
Mo, 23.10.2023 18:45-20:15 Uhr	Solingen, Am Neumarkt	Spaziergang
Mo, 23.10.2023 18-19 Uhr	Spremberg, Nettoparkplatz	Montagsdemo
Mo, 23.10.2023 17:30-19 Uhr	Stadthagen, Marktplatz	Kundgebung und Aufzug
Mo, 23.10.2023 18-21 Uhr	Stralsund, Olof-Palme-Platz	Spaziergang
Mo, 23.10.2023 18-19 Uhr	Sulz am Neckar, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 23.10.2023 18-20 Uhr	Tettnang beim Bodensee, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 23.10.2023 18-20 Uhr	Vaterstetten in Oberbayern, Rathaus	Spaziergang
Mo, 23.10.2023 18:30-21 Uhr	Villingen-Schwenningen, Am Alten Rathaus	Spaziergang
Mo, 23.10.2023 18:30-20:30 Uhr	Walsrode/ Heidekreis, Rathaus	Demo
Mo, 23.10.2023 19-20:30 Uhr	Weimar, Theaterplatz	Spaziergang
Mo, 23.10.2023 17:30-19 Uhr	Werder(Havel), Plantagenplatz	Demo
Mo, 23.10.2023 18-21 Uhr	Wesseling/NRW, Sankt Germanus Kirche	Versammlung
Mo, 23.10.2023 18-20 Uhr	Wismar, Markt	Spaziergang
Mo, 23.10.2023 18:30-21 Uhr	Wolfenbüttel, am Rathaus	Spaziergang
Mo, 23.10.2023 19-20 Uhr	Würselen, Morlaixplatz	Demo und Kundgebung
Mo, 23.10.2023 19-21:30 Uhr	Zehdenick (Brandenburg), Marktplatz	Spaziergang
Di, 24.10.2023 18-21 Uhr	Bernau bei Berlin, Rathaus	Spaziergang
Di, 24.10.2023 18-20 Uhr	Ortenberg/Hessen, Marktplatz	Spaziergang
Di, 24.10.2023 18-20 Uhr	Varel, Rathaus	Spaziergang
Di, 24.10.2023 19-21 Uhr	Wesel am Niederrhein, Martinistraße 6-8	Spaziergang
Di, 24.10.2023 19-21 Uhr	Wolgast, Am Kai	Demoaufzug
Mi, 25.10.2023 19-21 Uhr	Geisa, Am Kulturhaus	Andacht
Mi, 25.10.2023 18:30-21 Uhr	Huckarde, am Marktplatz	Demo
Mi, 25.10.2023 17-19 Uhr	Landshut, Martinikirche	Umzug
Mi, 25.10.2023 19-21 Uhr	Mehrhoog/NRW, Begegnungsstätte	Demo
Mi, 25.10.2023 18-21 Uhr	München, Odeonsplatz	Treffen
Mi, 25.10.2023 19-21 Uhr	Naumburg (Saale), Vogelwiese	Offenes Mikrofon
Mi, 25.10.2023 18-19:30 Uhr	Neckarsulm, Felix-Wankel-Straße/Marktstraße	Spaziergang
Mi, 25.10.2023 19-20:30 Uhr	Neckartailfingen, Schulhof Liebenauschule	Kundgebung
Mi, 25.10.2023 18-20 Uhr	Obernkirchen, am Marktplatz	Spaziergang
Mi, 25.10.2023 19-20:30 Uhr	Schulzendorf, Rathaus (Richard-Israel-Str.)	Spaziergang
Mi, 25.10.2023 18-21 Uhr	Zwickau, auf dem Hauptmarkt	Schilderdemo
Do, 26.10.2023 18-21 Uhr	Baunatal, am Marktplatz	Demo
Do, 26.10.2023 18-20 Uhr	Bebra, Rathausmarkt	Mahnwache
Do, 26.10.2023 17:30-18:30 Uhr	Berlin, Tempelhofer Damm/ Ecke M.-v.-Richthofen-Str.	Schilderdemo
Do, 26.10.2023 18-21 Uhr	Demmin, Am Marienhain Frankfurt, Bertramstr. 8	Spaziergang
Do, 26.10.2023 15-18 Uhr	Hanau, Großauheim, Rochusplatz	Dialog
Do, 26.10.2023 17:30-19 Uhr	Hennef/Sieg, Rathaus	Demo
Do, 26.10.2023 19-21 Uhr	Landsberg/Saalekreis, Markt	Umzug
Do, 26.10.2023 18:30-21 Uhr	Rostock, Brunnnen der Lebensfreude	Demo und Umzug
Do, 26.10.2023 17-18:30 Uhr	Warstein, Rathaustreppe	Zusammenkunft
Do, 26.10.2023 19-21 Uhr	Rathausplatz auf der Treppe	Grundrechtsdemo
Fr, 27.10.2023 18-20 Uhr	Raesfeld/NRW, Rathausplatz	Spaziergang
Sa, 28.10.2023 17-20 Uhr	Augsburg, Ladehofstraße	Spaziergang
Sa, 28.10.2023 15-19 Uhr	Düsseldorf, Johannes-Rau-Platz	Demo
Sa, 28.10.2023 15-18 Uhr	Eberbach, Leopoldsplatz	Kundgebung und Aufzug
Sa, 28.10.2023 13-18 Uhr	Emden, Hafentorplatz	Fahrradkorso
Sa, 28.10.2023 18-20 Uhr	Kirchen (Sieg), Rathaus	Demo
Sa, 28.10.2023 15:15-17 Uhr	Krumbach (Schwaben), Stadtgarten	Mahnwache
Sa, 28.10.2023 15:30-18 Uhr	Pforzheim, Marktplatz	
Sa, 28.10.2023 15-17 Uhr	Rostock, Rosengarten	Kundgebung und Aufzug
Sa, 28.10.2023 14-16 Uhr	Freiburg, Konrad-Adenauer-Platz direkt am Konzerthaus	Fahrradkorso
Mi, 1.11.2023 18-20 Uhr	Heidelberg, Schwanenteichanlage	Demo
Mo, 6.11.2023 17-20 Uhr	Darmstadt, Ludwigsplatz	Mahnwache

Veranstaltungstermine bitte an die E-Mailadresse *veranstaltung@demokratischerwiderstand.de* senden.
Aktuelle Informationen: **https://nichtohneuns.de** • **NEWSLETTER ABONNIEREN**



ES GEHT BESSER, BESSER, BESSER

KOLUMNE FREUND UND HELFER

Von Thomas Willi Völzke

Ein Vorteil von älteren Menschen ist, dass sie noch Lieder kennen, die heute in den Radiosendern nicht mehr gespielt werden. In den 60er-Jahren konnte man oft das Lied »Es geht besser, besser, besser« hören. Geschrieben wurde es zwar 1955, hatte aber als Beschreibung des Wirtschaftswunders nichts an Aussagekraft verloren. Gesungen wurde es sowohl von Peter Alexander als auch von Caterina Valente: »Wir schaffen wahre Wunder, und die kann jeder seh'n. Es geht besser, besser, besser, […] und das Leben wird als Leben wieder schön.«

Weshalb mir das Lied heute wieder in den Sinn kommt? Je nach Blickwinkel würde der eine oder andere Protagonist mit Regierungsauftrag in Bund und Ländern die Worte vermutlich für sich geltend machen: »Es wird heller, heller, heller, […] und wir stehen wieder mal im vollen Licht.« Nun lässt sich darüber streiten, ob wir im guten oder eher im schlechten Licht stehen. Die vorgetragenen Überzeugungen und Benennungen der Erfolge könnten durchaus als reziprok zur Realität erkannt werden. Unser Lied lässt hingegen einen gewissen Weitblick erkennen: »Die Welt soll uns bestaunen, wir lieben den Applaus. Es geht glatter, glatter, glatter, […] wenn's noch glatter geht, dann rutschen wir mal aus.«

Dass es nicht ewig bergauf gehen kann, bedarf keiner weiteren Erläuterung. »Doch kommt dann eines Tages die große Inventur. Dann geht's runter, runter, runter, […] denn das ist nun mal der Lauf der Konjunktur.«

Kürzlich durfte ich ein Gespräch mit einem Geschäftsführer eines Golfhotels führen. Er erläuterte mir, welche Auswirkungen die politischen Entscheidungen der vergangenen dreieinhalb Jahre hatten und welche zusätzlichen finanziellen Belastungen künftig auf den Betrieb zukommen werden. Gäste, die sich früher einmal den Luxus eines einwöchigen Aufenthalts im Hotel leisten konnten, bleiben jetzt aus oder kommen nur noch über ein verlängertes Wochenende. Zudem gibt es personelle Probleme: Es ist schwer, geeignetes Personal zu finden.

Dass das Lied heute neu aufgelegt werden und eine gewisse Zuversicht widerspiegeln könnte, ist schwer zu glauben. Politisches Handeln sollte pragmatisch und ideologiebefreit sein. Oder bleiben wir bei der Musik. Der Kapellmeister Kurt Sanderling sagte einmal: »Die Kunst des Dirigierens besteht darin, zu wissen, wann man ein Orchester nicht stören darf.« So kann Führung auch gestaltet werden.

Informationen zu den Polizisten für Aufklärung und weitere Texte finden Sie unter www.echte-polizisten.de



Trostberg, 13. Oktober 2023



Kulmbach, 16. Oktober 2023



Dresden, 16. Oktober 2023

In sämtlichen Regionen unseres Landes gehen die Menschen seit dem 28. März 2020 für den Fünf-Punkte-Plan der Demokratiebewegung auf die Straße. Manchen ist das eine, anderen das andere wichtig, doch die Demokraten eint die Entschlossenheit, nicht mit unseren Herrschern in den Untergang ziehen zu wollen. Fotos: Telegram

VORWÜRFE LÖSEN SICH IN LUFT AUF

Zum Verfahren Michael Ballwegs | Von Hendrik Sodenkamp



Das Landgericht Stuttgart beschloss am 10. Oktober 2023, kein Hauptverfahren in Punkten des »Betrugs« und der »Geldwäsche« gegen den erfolgreichen Stuttgarter Unternehmer Michael Ballweg zu eröffnen.

Er saß für neun Monate im Terrorknast Stammheim: Der Demo-Organisator und Entwickler des Freiheitshandys Michael Ballweg. Als nach diesen neun Monaten endlich eine Anklageschrift von Seiten der Staatsanwaltschaft vorlag, kam er Anfang April 2023 endlich frei. Denn der Richter konnte damals schon keinen Grund für die Haft feststellen. Nun kam es noch härter für die politisch agierende Staatsanwaltschaft:

Der Richter das Landgericht Stuttgart stellte der Anklageschrift der Staatsanwaltschaft am 11. Oktober 2023 ein vernichtendes Urteil aus. Dies Staatsanwälte hätten mit »willkürlichen Unterstellungen« gegen Michael Ballweg gearbeitet. Das Gericht begründete seine Entscheidung auf stolzen 56 Seiten. Der Vorwurf des Betrugs sei nicht aufrechtzuerhalten, so das Gericht. Und in der Folge erst Recht nicht der Vorwurf der Geldwäsche.

Ein Anwalt fasst den Beschluss des Gerichts mit den Worten zusammen: »Das Landgericht stellt nicht nur fest, dass die Ermittlungen völlig unzureichend und fehlerhaft sind, sondern attestiert der Staatsanwaltschaft sogar, von vornherein von falschen Prämissen und willkürlichen Unterstellungen ausgegangen zu sein.« Der bekannte Anwalt Dirk Schmitz ergänzte mit den Worten: »Wie ein Sechser in der Klassenarbeit, kombiniert mit Eckestehen und Mülleimer auf dem Kopf.«

Das Gericht äußerte in seinem umfassenden auch Schriftstück auf Zweifel an der Gültigkeit des Vorwurfs der Steuerhinterziehung. Ballweg hätte wegen der Haft keine Möglichkeit gehabt, seine Steuererklärung pünktlich abzugeben: »Angesichts des Umstandes, dass sich der Angeklagte währenddessen jedoch in Untersuchungshaft befunden hat, muss – losgelöst von sich stellenden materiellsteuerrechtlichen Fragen – in der Hauptverhandlung überprüft werden, ob und gegebenenfalls in welchem Maße die Inhaftierung den bestreitenden Angeklagten an der Wahrnehmung seiner steuerlichen Pflichten gehindert haben könnte, wobei der Ausgang vollkommen offen ist.«

Die Staatsanwaltschaft legte umgehend eine Beschwerde gegen den Beschluss des Gerichts ein. Michael Ballweg, dem wegen des Verfahrens sämtliche Konten gesperrt wurden, sitzt immer noch auf dem Trockenen. »Man will mich handlungsunfähig machen«, so Ballweg in einem Interview mit dem Sender *Auf1*.

REINER FÜLLMICH IN U-HAFT

Dem Anwalt wird die Veruntreuung von 600.000 Euro Spendengeldern vorgeworfen | Von Hendrik Sodenkamp

Der Anwalt der Demokratiebewegung Reiner Füllmich wurde laut Medienberichten und Angaben seiner Anwältin in der vorangegangenen Woche aus Mexiko nach Deutschland überführt, wo er am Frankfurter Flughafen von Truppen der BRD-Regierung in Empfang genommen und in Untersuchungshaft gebracht wurde.

Füllmich soll in der deutschen Botschaft in Mexiko in Begleitung seiner Frau und seiner zwei Hunde einen neuen Pass beantragt haben. Dort wurde ihm mitgeteilt, dass gegen ihn ein Haftbefehl vorläge und er nach Deutschland verbracht werden würde. Der Haftbefehl bestand seit März 2023. Man muss davon ausgehen, dass Füllmich von ihm wusste. Über den Grund, warum er dennoch die deutsche Botschaft betrat, gibt es Spekulationen.

Reiner Füllmich wird die Veruntreuung von 700.000 Euro Spendengelder vorgeworfen, die mithilfe der Youtube-Sendung Corona-Aussschuss eingesammelt worden waren. Anzeige erstatteten seine dortigen ehemaligen Kollegen um die Berliner Hafenanwälte. Der Corona-Ausschuss leistete im zweiten Halbjahr 2020 wichtige Aufklärungsarbeit und erreichte mit seinen wöchentlichen und stundenlangen Gesprächsrunden Millionen Menschen. Warum eine Youtube-Sendung derartig hohe Spendengelder sammeln musste, ist jedoch von Beginn an eine offene Frage.

Füllmich war ebenfalls angetreten, dass Corona-Regime vor Gericht mit einer Sammelklage zu Fall zu bringen. Nachdem er in Deutschland, Kanada und den USA bereits im Anlauf scheiterte, versuchte er es mit dem Recht der neuseeländischen Maoris, was jedoch ebenfalls keine Früchte zeitigte. Füllmich ging daraufhin nach Mexiko.

Füllmich verstritt sich mit seinen Mitstreitern des Coronaausschusses, was zu Diskussionen innerhalb der Demokratiebewegung führte. Viele Menschen fühlten sich von Füllmich oder seiner ehemaligen Partnerin Viviane Fischer betrogen, andere sahen in dem kernig auftretenden Anwalt weiterhin eine Hoffnung. Ebenfalls heftig umstritten sind nun die Anklage und der Umgang des Regimes mit dem Juristen. DW-Kolumnist Prof. Martin Schwab (siehe Seiten 12 und 13) rief in einer Stellungnahme dazu auf, keinerlei Vorverurteilung zu betreiben und



die Beweisaufnahme der Gerichtsverhandung abzuwarten. Wann diese ansteht, ist jedoch noch offen.

HINWEIS:
Reiner Füllmich ist per Brief über die Adresse JVA Rosdorf, Reiner Füllmich, Am Großen Sieke 8, 37124 Rosdorf zu erreichen.

DIESE WOCHENZEITUNG

VERTEILEN, AUSLEGEN, VERKAUFEN

WARUM?

• Der »Demokratische Widerstand« erscheint wöchentlich seit dem 17. April 2020.

• Mit der gedruckten Zeitung erreichen wir Menschen, die sonst nur der Konzern- und Regierungspresse ausgeliefert sind.

• Verteilen Sie den Widerstand, halten Sie andere auf dem Laufenden und klären Sie auf: beim Spazierengehen, in Briefkästen, im Geschäft, im Betrieb, in der Fußgängerzone.

• Die Zeitung ist analog, somit auch von *Big Tech* unabhängig und unzensierbar.

• Nach dem Kollaps der Presse: Bauen wir gemeinsam eine neue Wochenzeitung in deutscher Sprache auf.

WIE KOMMEN SIE AN DIE ZEITUNGEN?

• Geben Sie doch einfach auf **demokratischerwiderstand.de/verteilen** die Adresse an, an die wir die Zeitungen liefern sollen. Wir geben Ihre Daten nicht weiter. Wenn Sie kein Internet nutzen, fragen Sie jemanden, dem Sie vertrauen, ob er das für Sie erledigen kann.

• Wählen Sie aus, wie viele Zeitungen Sie verteilen wollen. Nicht übertreiben.

• Überweisen Sie die anfallenden Unkosten für Druck, Versand und Steuern.

• Bei der Überweisung schreiben Sie in das Betreff-Feld noch einmal Ihren Namen und Ihre Anschrift, damit wir Ihre Zahlung sicher zuordnen können.

• Jeder Zahlungseingang wird einer Bestellung zugeordnet.

• Zahlungseingänge werden bis einschließlich Montag für den Druck und Versand der kommenden Zeitung berücksichtigt. Spätere Eingänge werden automatisch der darauffolgenden Ausgabe zugeordnet.

• Beim Verteilen erhaltene Spenden gehen an den Verteiler. Bei größeren Summen freut sich die Redaktion über einen Anteil, der ihr zusteht. Hier bereichert sich niemand.

»Sie haben mir sieben Monate meines Lebens gestohlen«

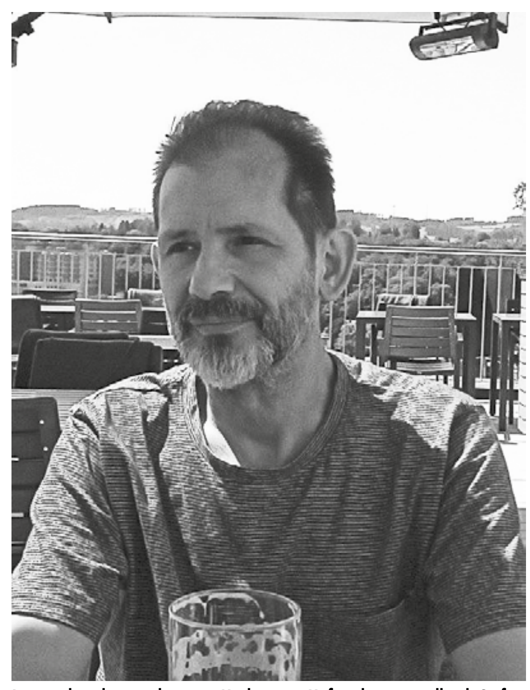
Freiheitsaktivist Stefan Gehrmann wehrte sich gegen die Corona-Maßnahmen und landete daraufhin im Gefängnis | *Interview von Klaus Müller*

DW: Herr Gehrmann, bitte stellen Sie sich zunächst kurz vor!
Stefan Gehrmann: Ich bin 55, gelernter Koch und Altenpfleger und lebe in Waldbröl, etwa 60 Kilometer östlich von Köln. Bis zur sogenannten Pandemie war ich als selbstständiger Bauleiter tätig. Ich verweigerte mich den Maßnahmen, konnte meinen zwei Mitarbeitern noch ein halbes Jahr ihr Gehalt zahlen, dann war ich pleite.

DW: Sie organisierten bereits frühzeitig Demos gegen die Corona-Maßnahmen.
S.G.: Ich bin schon lange politisch interessiert. Ich wusste sofort: Corona ist nur eine kleine Blüte in der ganzen Geschichte. Alles, was passiert, ist von langer Hand geplant mit dem Ziel, uns unter totaler Kontrolle zu bringen. Ich habe Demos hier bei uns in Waldbröl organisiert und im benachbarten Gummersbach tatkräftig unterstützt. Im Laufe der Monate erhielt ich insgesamt sechs Strafbefehle.

DW: Warum?
S.G.: Zum einen wegen Verstößen gegen das Versammlungsverbot, obwohl ich jede Demo, die ich organisiert habe, ordnungsgemäß angemeldet hatte, und zum anderen wegen Maskenverstößen. Dabei hatte ich eine Maskenbefreiung.

DW: Wie passt das zusammen?
S.G.: Gar nicht. Ich habe Widerspruch gegen die Strafbefehle eingelegt, mein Maskenbefreiungsattest beim Ordnungsamt vorgelegt. Sie behaupteten, es wäre gefälscht. Das war eine dreiste Lüge. Zusammengerechnet sollte ich letztlich eine Summe von rund 1.500 Euro zahlen. Das habe ich nicht getan, weil ich mir keiner Schuld bewusst war.


Lässt sich nicht unterkriegen: Nach seiner Haftentlassung will sich Stefan Gehrmann »wieder mit voller Kraft im Widerstand engagieren«. Er sagt: »Ich lasse mir von niemandem den Mund verbieten. Dafür müssten sie mich schon um die Ecke bringen.« Foto: privat.

DW: Daraufhin landeten Sie im Knast …
S.G.: Die Polizei griff mich am 8. März gegen 11 Uhr vormittags in der Gaststätte eines Kumpels auf. Sie wussten, wo ich war, da sie mich oft überwacht haben. Man brachte mich umgehend in die Justizvollzugsanstalt Attendorn. Ich wusste, dass dieser Moment kommen würde und war deshalb mental vorbereitet.

DW: Wie erging es Ihnen im Gefängnis?
S.G.: Es war nicht so schlimm, wie mancher es sich vielleicht vorstellt. Es war ja eine Premiere für mich. Ich habe mich dort sehr engagiert, war zunächst einen Tag in der Küche beschäftigt, danach in der sogenannten Arbeitstherapie Holz. Zudem habe ich viele Verbesserungsvorschläge eingebracht, weshalb ich bei meinen Mitinsassen recht schnell eine hohe Akzeptanz hatte. Die Justizbeamten waren zu 90 Prozent in Ordnung. Sie wussten, wer ich bin und hatten kein Verständnis dafür, dass ich einsitzen muss. Nach 37 Tagen Einzelhaft kam ich bereits in den offenen Vollzug und genoss dadurch einige Privilegien.

DW: Der Aufenthalt im Knast war für Sie also kein traumatisches Erlebnis.
S.G.: Mir ging es gut dort. Ich habe nicht eine Sekunde gelitten. Im Gegenteil: Ich fand vor allem die Einzelhaft am Anfang sehr angenehm. Ohne Handy, ohne Laptop konnte ich einfach mal zur Ruhe kommen und abschalten. Es war, obwohl ich eingesperrt war, die pure Entspannung für mich.

DW: Am 29. September wurden Sie nach fast sieben Monaten freigelassen. Wie geht es nun für Sie weiter?
S.G.: Frei war ich vorher schon – im Herzen und im Kopf. Aber ich fange nun wieder bei null an. Ich habe keinen Job mehr, zudem meine Wohnung durch den Knastaufenthalt verloren. Derzeit übernachte ich bei einem guten Freund. Aber ich hatte noch nie Zukunftsängste. Ich habe nun die Möglichkeit, eine Gaststätte zu übernehmen. Ich werde mich also kurz schütteln, ein paar Dinge ordnen, Geld verdienen und mir dann einen guten Anwalt nehmen und jeden verklagen, der mich diskreditiert und dafür gesorgt hat, dass ich ungerechterweise in den Knast gehen musste. Sie haben mir knapp sieben Monate meines Lebens gestohlen. Ich bin nicht auf Rache aus, mir geht es um Gerechtigkeit. Und natürlich werde ich mich dann auch wieder mit voller Kraft im Widerstand engagieren. Ich lasse mir von niemandem den Mund verbieten, dafür müssten sie mich schon um die Ecke bringen.

DW: Was stimmt Sie zuversichtlich, dass wir den Kampf gewinnen werden?
S.G.: Meine große Hoffnung heißt Donald Trump. Ich bin überzeugt: Er wird 2024 wieder Präsident der Vereinigten Staaten und dann mächtig aufräumen – nicht nur in Amerika. Aber es ist außerordentlich wichtig, dass wir auf die Straße gehen und dort Gesicht zeigen. Wer nur daheim sitzt, leistet keinen Widerstand. Wir Deutsche müssen endlich aufhören zu buckeln, stattdessen unser Rückgrat wiederfinden und dem Staatsapparat zeigen: Wir haben keine Angst vor euch! Was ihr auch macht, ihr kriegt uns nicht. Ich hoffe, dass wir irgendwann so viele sind, dass wir, also das Volk, nicht mehr aufzuhalten sind.

DW: Herr Gehrmann, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

BESTANDS-AUFNAHME

DIESE ZEITUNG HAT SEIT 2020 VIELE NEUE JOURNALISTEN AUSGEBILDET UND NEUE MEDIENPORTALE GRÖßER GEMACHT. WIR BLEIBEN AN GROßEN UND KLEINEN DRAN UND BERICHTEN!

DAS MELDEN DIE ANDEREN

• Der US-Oligarch Elon Musk droht damit, die von ihm aufgekaufte Kurzbriefplattform im Internet »Twitter« beziehungsweise neuerdings genannt »X« europaweit abzuschalten. Das berichtet der umstrittene ARD-Blog tagesschau.de am Donnerstag. Hintergrund sei die Forderung der EU-Kommission an den Unternehmer, wieder im Sinne der Regimepropaganda zu zensieren und zu löschen. Die politische Zensur hatte der teilweise querdenkende Musk nach Aufkauf und Umbenennung der Plaudereiplattform ab Mitte 2023 weitgehend wieder aufgehoben. (ale)

• »Gründung einer linken Partei? Logisch!« Albrecht Müller, Gründer des unter Aufklärern seit zwei Jahrzehnten angesehenen Blogs nachdenkseiten.de, blickt der kommenden Wagenknecht-Partei mit Euphorie entgegen. Er schreibt dort am Donnerstag: »Die Sonntagsfrage zeigt, dass selbst bei einer gewagten Addition von SPD und Linken einschließlich der Grünen nur 35 Prozent zusammenkommen«, so Müller, der feststellt: »Der Rest zur eigentlich notwendigen und vorhandenen Mehrheit ist verschwunden.« – Und diese Mehrheit soll nun Wagenknecht wiederherstellen. Die Buchautorin und Politikerin sprach nach langem Zögern selber davon, mit ihrer ab 2024 zur Europawahl antretenden Partei lediglich eine »Repräsentationslücke« zu schließen und dem BRD- und EU-Apparat damit hilfreich zu sein, so weiterzumachen wie geplant. Demokraten wie der Journalist Ralph T. Niemeyer äußerten sich gegenüber DW besorgt: »Sahra ist fremdgesteuert.« Die DW-Gründer Hendrik Sodenkamp und Anselm Lenz blicken aber der Einladung Wagenknechts zum Gespräch in unser Bundestagsbürogebäude Paul-Löbe-Haus bis auf Weiteres hoffnungsvoll und ohne Vorbehalte entgegen (vgl. Seiten 4/5). (bat)


Anselm Lenz und Prisca Würgler im Gespräch. Foto: Videostill

• Das renommierte Journalistenportal apolut.net veröffentlicht regelmäßig hochwertige Interviews mit dem Moderatorentrio Michael Meyen (Journalistikprofessor, DW-Kolumnist), Dirk Müller (Magazin Free 21) und Anselm Lenz (DW). In aktuellen Ausgaben der Reihe »Apolut im Gespräch« sprechen die schweizerische Journalistin und Graswurzelbewegungsgründerin Prisca Würgler (auf dem Foto; Magazin »Die Freien«, diefreien.ch) und der deutsche Berichterstatter »von beiden Seiten der Front« Patrik Baab, sowie der große Epidemiologe und Preisträger der Republik Professor Sucharit Bhakdi. (jro)

• Wie das erfolgreiche Journalistenportal eingeschenkt.tv in dieser Woche berichtet, wird der neue TV-Sender Auf1 vom Staatsmedienkonzern ARD angegriffen. »Mit dem Trick eines aufwendigen und teuren Verfahrens vor Gericht will die ARD das alternative und unabhängige Fernsehen AUF1 finanziell vernichten«, so Auf1-Chefredakteur Stefan Magnet in dieser Woche. Die ARD versuche, den neuen Sender wegen dessen Verwendung der Ziffer 1 Kosten zu verursachen. Auf1 hatte zuletzt eine erste Satellitenfrequenz freigeschaltet. Auch dieser Zeitung werden seit deren Ankündigung, demnächst per Großvertrieb für alle Kioske Europas auch auf gewohntem Wege bestellbar zu sein, von Regime und Konkurrenzkonzernen systematisch neue Probleme bereitet – mit dem Ziel, den DW zu vernichten. (ale)

Briefe an die Redaktion

Leserbriefe an: K.D.W. e.V.
Postfach 35 02 16, 10211 Berlin



← COLLAGE ZUM DW-JUBILÄUM

Werte Redaktion,
anbei eine Collage der kompletten DW-Sammlung als Glückwunsch zur 150. Ausgabe Dank an und Gruß auch von Holger aus Rhein-Main für das Zusammenschneiden der Bilder. Ziel für Ausgabe 200:

Ein Bild ohne Schnitte inklusive der Sammler auf dem Bild, um die Größendimension besser erkennen zu können. Beste Grüße und bis bald wohl in Frankfurt.
– Lukas

AUF DEM SCHIRM

RUNDBRIEF! Für Newsletter eintragen auf NichtOhneUns.de

instagram.com/demokratischerwiderstand

t.me/DemokratischerWiderstandTelegram

facebook.com: DemokratischerWiderstandZeitung

youtube.com: Demokratischer Widerstand



Für die reichen »Menschenfreunde« sind wir einfach zuviele. Foto: Georgi Belickin/DW.

Bedrohliche Überzahl

Die Eigentümer der Welt sagen, was sie wollen | Von Gerd Reuther und Renate Reuther

Das Verhältnis zwischen Arm und Reich lässt sich trefflich mit einer Wippe versinnbildlichen. Die wenigen, die auf der leichten Seite sitzen, werden umso höher gehoben, je mehr auf der anderen Seite zusammengepfercht sind. Nur wenn das Zahlenverhältnis sehr krass ist, können sehr wenige sehr hoch sitzen.

Heutige Oligarchen in West und Ost sind reicher, als es jemals Herrschende zuvor waren. Dementsprechend viele braucht es auf der Gegenseite. Eine Mittelschicht, die nahe dem Kipppunkt der Wippe sitzt, kann dabei nur stören. Angst vor den vielen Köpfen auf der anderen Seite ist unvermeidlich.

Natürlich spricht man nicht mehr von Massenmord oder einer gezielten Tötung der Armen. Man schützt vor, aus Gründen der Ressourcenschonung, nur die Gesamtzahl der Erdenbewohner einbremsen zu müssen. Dass dies zu 100 Prozent die auf der anderen Seite der Wippe sein müssen, weil die Herrschenden zahlenmäßig keine Rolle spielen, wird verschwiegen.

MASTERMINDS DER BEVÖLKERUNGSREDUKTION

Die Verachtung der Bevölkerungsmehrheit durch eine herrschende Minderheit hat sicher eine lange Tradition. Die erste theoretische Basis, die dieser Verachtung eine pseudowissenschaftliche Legitimation verschaffte, lieferten zwei englische Geistliche, die aus der arbeitsfrei gestellten Oberschicht stammten. Als erster wohl Joseph Townsend (1739 bis 1816), der 1786 in seinem Werk »Über die Armengesetze – Streitschrift eines Menschenfreundes« das Gespenst der Überbevölkerung als Folge staatlicher Armenfürsorge an die Wand malte. Hunger wäre das beste Rezept gegen Überbevölkerung.

Direkt daran knüpfte der heute als *Mastermind* geltende Thomas Robert Malthus (1766 bis 1834) an. Sein Buch »Das Bevölkerungsgesetz« von 1798 wurde in sechs Auflagen nicht nur immer zynischer, sondern auch zum Lehrinhalt der Britischen-Ostindien-Kompanie-Universität, an der Malthus seine Irrlehren in die Köpfe der kommenden Manager brachte.

»Wir sollten die Vorgänge der Natur, die diese Sterblichkeit hervorbringen, erleichtern, anstatt uns töricht und vergeblich zu bemühen, sie zu behindern; und wenn wir die zu häufige Heimsuchung durch die schreckliche Form des Hungers fürchten, sollten wir die anderen Formen der Zerstörung, zu denen wir die Natur zwingen, eifrig fördern. In unseren Städten sollten wir die Straßen enger machen, mehr Menschen in die Häuser drängen und die Rückkehr der Pest fördern, so Malthus in Band 2 seines »Bevölkerungsgesetzes« in der sechsten Auflage, die 1826 erschien.

Entgegen der geschichtlichen Fakten und ohne konkrete Bevölkerungsanalysen behauptete Malthus einfach, dass sich jede Bevölkerung ohne gewaltsame Einbremsung exponentiell vermehren würde, wogegen die Lebensgrundlagen nur linear steigerungsfähig wären.

Hunger und Not wären nicht die Folge von Ausbeutung, sondern resultierten zwangsläufig aus diesem Missverhältnis. Das Überleben eines Teils der Bevölkerung wäre nur durch den Tod der Mehrheit möglich und keineswegs verwerflich. Das Leben sei eine Lotterie, wo viele Nieten ziehen müssten. Der Versuch, ein Überleben aller zu ermöglichen, wäre mit der Auslöschung der Spezies verbunden. Es sei unvermeidlich, dass immer die Schwächsten umkommen. Dieses Naturgesetz könne den Stärkeren nicht zum Vorwurf gemacht werden. Nicht die intellektuelle Durchdringung der Bevölkerungsproblematik sichert Malthus bis heute seine Präsenz im akademischen Denken, sondern die Absolution, die er der Oberschicht erteilt.

Gerne werden heute die Malthus'schen Sentenzen als vermeintlich satirische Ausführungen uminterpretiert. Alleine der Kontext bietet dafür keinerlei Grundlage. Auch die Tatsache, dass die schlimmsten Entgleisungen seines Sozialdarwinismus erst ab der 6. Auflage seines Buches auftauchen, lässt keine Relativierung zu. Maßgeblich ist bei allen Autoren die Letztversion. Malthus' Verachtung für die Masse der Bevölkerung ist echt:

»Unter allen Ungeheuern, die der Freiheit Gefahr drohen, ist das gefährlichste der Pöbel, dieser Auswuchs einer unmäßigen Bevölkerung.« Die große Hungersnot in Irland zur Mitte des 19. Jahrhunderts sollte zur Nagelprobe werden.

Malthus war der Vorläufer der heutigen *Reset*-Globalisten auch insofern, als er zur Fälschung der Fakten Ursache und Wirkung vertauschte. Nicht die Armut hätte jeden Verzicht auf Familienplanung und ein Bevölkerungswachstum zur Folge. Nein, »nur Hunger kann sie zur Arbeit treiben oder anspornen«. Das Bevölkerungswachstum wäre die Hauptursache der Armut. So wie heute CO_2 zur Ursache einer Klimaerwärmung ernannt wird, obwohl es doch nur ein Folgeereignis einer höheren Temperatur ist, da mehr CO_2 aus den Weltmeeren abdampft. Malthus hat mit seiner Kausalitätsverdrehung die Blaupause für dreiste Lügen geschaffen.

MALTHUS LEBT

Obwohl Malthus im Alter und nach seinem Tod zunächst in Vergessenheit geriet, wurde er eine Generation später zum Übervater der Sklavenhalter und Eugeniker. 1877 wurde die Malthusian League (dt. Malthussche Liga) ins Leben gerufen, die vorgab, sich gegen die Armut der Arbeiterklasse zu engagieren, indem sie eine rigorose Geburtenkontrolle propagierte. Seither liest sich die Liste der Malthusianer wie das Who's Who der britischen Intellektuellen: H.G. Wells, Aldous Huxley, Bertrand Russel, George Bernard Shaw, D.H. Lawrence …

Bevölkerungsbegrenzung war eine Fixposition im Denken der angloamerikanischen Eliten. Und auch nach dem Zweiten Weltkrieg atmen Sprecher der britischen Aristokratie den Geist der Menschenverachtung: »Sollte ich einmal wiedergeboren werden, dann bitte als tödlicher Virus. So könnte ich meinen Teil beitragen, um das Problem der Überbevölkerung zu lösen«, meinte Prinz Philip, der Herzog von Edinburgh in seinem Beitrag zu einem Buch mit dem Titel »Wenn ich ein Tier wäre …« (Orig. If I were an animal)

Spätestens mit der implizit Depopulation propagierenden CO_2-Ideologie ist Malthus in den Köpfen der akademischen Mittelschicht verankert. Trotz aller »Willkommenskultur« und »Inklusions«-Befürwortung sind angeblich so menschenfreundliche Zeitgenossen davon überzeugt, dass das herbeigeredete CO_2-Problem auf zu viele Menschen zurückzuführen wäre. Wir stellen dann gerne die Gegenfrage: »Bei wem fangen wir mit der Bevölkerungsreduktion an — bei Ihnen oder bei uns?« Danach herrscht Schweigen.

Dieser Artikel erschien zuerst auf der unabhängigen Debattenplattform manova.news. Wir danken den Kollegen und den Autoren für die Möglichkeit des Abdrucks.



Gerd Reuther ist Facharzt für Radiologie, Medizinhistoriker und Bestseller-Autor. Zuletzt erschien von ihm »Hauptsache Panik – Ein neuer Blick auf Pandemien in Europa«.



Renate Reuther ist promovierte Historikerin und Sachbuchautorin. Zuletzt erschien von ihr »Feste feiern – dann aber richtig«.

MELDUNG

FAST JEDER ZWEITE HAUSHALT VON ARMUT BEDROHT

Berlin/DW. Alarmierender Bericht: Laut des Sachverständigenrats für Verbraucherfragen (SVRV) sind 43 Prozent aller deutschen Haushalte wegen der hohen Energiekosten für Heizen, Warmwasser und Strom überlastet und von einem Armutsrisiko bedroht. Demnach seien die Energiekosten von März 2022 bis Juni 2023 um rund 33 Prozent gestiegen. Vor allem in den einkommensschwächsten Haushalten habe die Energiekostenbelastung stark zugenommen, da diese häufiger zur Miete und in schlechter isolierten Wohnungen leben, zudem öfter mit Energieträgern wie Öl und Gas heizen. (kmü)

BAUGENEHMIGUNGEN BRECHEN UM EIN DRITTEL EIN

Berlin/DW. Die Krise im deutschen Wohnungsbau spitzt sich immer weiter zu. Im August 2023 sank die Zahl der Baugenehmigungen um 69.100 auf 175.500 Wohnungen. Dies entspricht einem Minus von 28,3 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Dies gab das Statistische Bundesamt bekannt. Als Gründe für die negative Entwicklung wurden steigende Baukosten und schlechtere Finanzierungsbedingungen genannt. Im Vergleich zum ersten Halbjahr 2022 verteuerten sich vor allem mineralische Baustoffe wie Zement (plus 42 Prozent) oder Bausand (plus 23 Prozent) deutlich.

Auch das Münchner Ifo-Institut ist alarmiert: Wie zu Wochenbeginn mitgeteilt wurde, waren laut einer Umfrage im September 21,4 Prozent der befragten Firmen von stornierten Projekten im Wohnungsbau betroffen. Dies ist ein neuer Negativrekord seit Beginn der Umfrage 2012. »Die Wohnungen, die heute nicht begonnen werden, werden uns in zwei Jahren auf dem Mietmarkt fehlen«, erklärte Klaus Wohlrabe, der Leiter der Ifo-Umfragen. Immobilien- und Bauverbände gehen davon aus, dass das Ziel der Bundesregierung von jährlich 400.000 neuen Wohnungen 2023 deutlich verfehlt wird. (kmü)

CHINAS WACHSTUM ÜBERTRIFFT ERWARTUNGEN

Peking/DW. Nachdem die Konjunktur unter den *Lockdowns* der sogenannten Corona-Pandemie gelitten hatte, scheint sich Chinas Wirtschaft nun stärker als erwartet zu erholen. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) des Landes verzeichnete im dritten Quartal 2023 einen Anstieg um 4,9 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. Volkswirte hatten zuvor lediglich mit einem Anstieg von 4,4 Prozent gerechnet. Die chinesische Staatsführung hatte in den vergangenen Monaten mit unterschiedlichen Maßnahmen, unter anderem mit Zinssenkungen und verbilligten Krediten, versucht, die Konjunktur zu beleben. China ist hinter den USA die zweitgrößte Volkswirtschaft der Welt. (kmü)



WIR SIND DIE 99 PROZENT!

MOTOR MITTELSTAND

KOLUMNE *von Wolfgang Greulich*

MEINE EMPFEHLUNG: NEULAND BETRETEN

Unsere Krankenkassen machen wirklich einen guten Job. Vorneweg die AOK, bei der ja immerhin etwa 21 Millionen Beschäftigte versichert sind. Der Fehlzeitenreport 2023 weist 30 Prozent mehr Fehltage aus, was pro 100 Versicherte im Schnitt 216,6 Krankheitstage macht. Schuld ist, nein, diesmal nicht der Russe, sondern wieder die Pandemie. Als häufigstes Krankheitsbild werden Atemwegserkrankungen genannt, direkt gefolgt von psychischen Erkrankungen. Im Zeitraum von 2012 bis 2021 waren es im Schnitt noch jeweils etwa 160 Fehltage pro Jahr.

Die Atemwegserkrankungen seien eine direkte Folge der Corona-Pandemie. Ja, da haben sie mit ihrer Studie sicherlich recht, so man die wahren Auswirkungen der sogenannten Impfung – statistisch längst ermittelt, von den Medien jedoch verschwiegen – miteinbezieht. Aber das ist natürlich wieder eine reine Verschwörungstheorie.

Die Fehltage wegen psychischer Erkrankungen sind seit 2012 gar um 48 Prozent gestiegen. Die überwiegenden Beschwerden hier sind laut der Studie 78 Prozent Erschöpfung, 57 Prozent Wut und Verärgerung (fragt sich, weswegen?) sowie Lustlosigkeit mit rund 66 Prozent. Ganz interessant sind hierbei die hauptsächlich betroffenen Berufsfelder: Gesundheits- und Sozialwesen, Erziehung und Unterricht, öffentliche Verwaltung und Sozialversicherung und zu guter Letzt Banken und Versicherungen. Aha, da stellt sich die Frage: Wo war nochmal der Masken- und Impfdruck am höchsten? Aber auch das ist natürlich wieder reine Spekulation.

Es ist Fakt: Der deutsche Mittelstand kämpft nicht nur mit hohen Insolvenzzahlen und Fehltagen, er kämpft vor allem auch mit ausgeprägten Zukunftsängsten bei Arbeitnehmern gleichermaßen wie bei Arbeitgebern. Dabei haben nur acht Prozent der Befragten Bedenken hinsichtlich ihres Arbeitgebers, obwohl viele von denen gerade während der Corona-Zeit nicht durch intelligentes Verhalten geglänzt haben.

Was also könnte man dem deutschen Mittelstand empfehlen? Vielleicht einen Satz von Rudolf Steiner, der zu seiner Zeit ähnliches erlebt hat wie viele Menschen in unserem Land in den vergangenen drei Jahren: »Nicht mit dem Strom schwimmen, nicht gegen den Strom schwimmen, Neuland betreten.« Ich wünsche gutes Gelingen!

Es braucht wirklich einen großen Reset, überwiegend den in den Köpfen der 99 Prozent. Es ist wichtig, selbst die Wahrheit zu suchen, um dann Zusammenhänge zu erkennen. Widerstand und Wandel made in Germany!

Wolfgang Greulich ist Widerstandsaktivist und erfolgreicher IT-Unternehmer.



Demokraten bei einer Demonstration in Berlin. Über grundlegende Fragen wollen die Menschen selbst entscheiden können. Foto: Georgi Belickin/DW

Grüne und Rüstungsindustrie

Ziemlich beste Freunde | Von Ernst Wolff

Anfang der 1980er Jahre entstand die Partei der Grünen aus der Anti-Atomkraft-Bewegung und der Friedensbewegung. Eine der zentralen Forderungen lautete: Raus aus der Nato! Mit dem Einzug in den Bundestag 1983 wurden die Grünen Teil des Politapparates und begannen, nach und nach von ihren ursprünglichen Prinzipien und Positionen abzurücken.

Nach dem Fall der Mauer wurden 1990 Bundestagswahlen abgehalten. Die Grünen erlebten eine gewaltige Schlappe. Das Bündnis 90 dagegen, ein Zusammenschluss von Bürgerbewegungen und Oppositionsgruppen in der DDR, zog ins Parlament ein. Um wieder an die Pfründe der Macht zu kommen, vereinigten sich die Grünen 1993 mit dem Bündnis 90, schafften 1994 so wieder den Einzug in den Bundestag und erreichten 1998 ihr Ziel – die Regierungsbeteiligung im Rahmen der rot-grünen Regierung Schröder – Fischer.

Schon bald zeigte sich, dass es ihnen keinesfalls um die Durchsetzung ihrer ursprünglichen Ziele ging. 1999 wurden alle Wahlversprechen und Prinzipien über Bord geworfen. Zusammen mit der SPD schickten die Grünen zum ersten Mal seit dem Zweiten Weltkrieg deutsche Soldaten in den Krieg – gegen Serbien, und zwar im Rahmen der einst so verteufelten Nato. Dabei ließ man ohne Gewissensbisse serbische Krankenhäuser, Schulen, Wasserwerke und Chemiebetriebe bombardieren. So wurde aus der einstigen Antikriegs-Partei ein Förderer der internationalen Rüstungsindustrie. Das Zusammenspiel der beiden hat in unseren Tagen nie gekannte Dimensionen angenommen. Obwohl sie im Wahlkampf 2021 mit dem Slogan »Keine Waffen in Krisengebiete« angetreten waren, forderten die Grünen bereits im März 2022 Waffenlieferungen in die Ukraine und sorgen seit mittlerweile eineinhalb Jahren für regelmäßigen Nachschub an Kriegsmaterial.

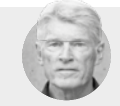
Aktienkursentwicklung europäischer Rüstungskonzerne nach dem Angriff der Hamas auf Israel. Quelle: FactSet

SCHUTZSCHIRM FÜR DIE KRIEGSPRODUKTION

Zur großen Zufriedenheit der Rüstungsindustrie genehmigten die Grünen 2022 und 2023 auch noch Rüstungsexporte nach Saudi-Arabien, das gegen Jemen einen seit Jahren andauernden Krieg führt und dort mit Unterstützung der USA und Großbritanniens eine der schlimmsten Hungersnöte der Neuzeit ausgelöst hat.

Mit der Zustimmung zur Bereitstellung von 100 Milliarden für die Bundeswehr erfolgte der nächste Schritt. Aber auch das war noch nicht alles. Als der zweitgrößte deutsche Rüstungskonzern Rheinmetall im Mai 2023 ankündigte, in Kooperation mit einem ukrainischen Staatskonzern Panzer in der Ukraine zu fertigen, sagte ihm Wirtschaftsminister Habeck auch noch eine staatliche Absicherung für seine Investitionen zu. Dass einem Waffenkonzern ein solches Geschenk gemacht wird, ist in der deutschen Geschichte einmalig. Dass es von einem ehemaligen Kriegsdienstverweigerer und Friedensaktivisten kommt, zeigt, wie tief Menschen sinken können, wenn sie aus Geltungssucht und Machttrunkenheit alle Prinzipien der Vergangenheit über Bord werfen.

Dieser Text erschien zuerst auf der unabhängigen Journalistenplattform apolut.net. Wir danken Kollegen und Autor für die Möglichkeit des Abdrucks.



Ernst Wolff gilt als herausragender Finanzexperte und kritischer Autor (zuletzt das Buch »WEF«, Klarsicht, Hamburg 2022).

NEUE OSTFRONT

Im Nahostkonflikt wird mal wieder wahnhaft herumgeballert, gemordet, segregiert und agitiert: Beginn einer neuen Kriegschronik | BERICHT von Anselm Lenz

An der östlichen Mittelmeerfront sollen nach dem Willen der »Verantwortlichen« seit 7. Oktober 2023 nun die Palästinenser einerseits (RF, Arabische Welt, China) und Israel (US-UK-EU-Nato) gegeneinander antreten. Sie tun dies leider auch. Und zwar so bestialisch wie seit einem halben Jahrhundert nicht.

Die Front im Stellvertreterkrieg der US-UK-EU-Nato und der Russischen Föderation (RF) auf dem Rücken der Ukrainer stagniert seit Jahresbeginn, nichts geht mehr (siehe Grafik auf dieser Seite). Nun entfaltet sich das nächste »War Theatre« (Schlachtfeld, wörtlich »Kriegstheater«) mit leider ziemlich realen Folgen für viele Millionen von Zivilisten.

ALLE SEHEN SICH UMZINGELT

Seit dem 7. Oktober herrscht Krieg um die verbliebenen Palästinensergebiete, insbesondere um den eingepferchten Gazastreifen zwischen Ägypten, Mittelmeer und israelischem Staat. Mindestens zwei Millionen Palästinenser leben in Gaza mit über 5.300 Einwohnern pro Quadratkilometer – unter Bedingungen, die von Kritikern weltweit oftmals als von Israel herbeigeführtem »Freiluftgefängnis« und »Apartheid« bis hin zu einer Variante von »Völkermord« beschrieben werden. Andererseits sehen sich viele Israelis als von feindlichen Moslems umzingelt und leiden unter fast täglichem Terrorismus und Beschuss mit selbstgebauten Mörser-Raketen.

Nach dem überraschenden Angriff der islamischen Hamas-Kämpfer auf das überwiegend jüdische Israel am 7. Oktober: »Die Leiderfahrung ist enorm, die Not gewaltig. Aber schnell schlug die Niedergeschlagenheit in wutentbrannte Aggression um. Angefeuert von den Medien, die politische Kommentare und Analysen lieferten, die letztlich primär auf Rache und brutale Vergeltung aus waren (und sind), obgleich sie sich als ›Lösung‹ gaben: Die Hamas gehöre eliminiert, daher müsse Gaza in Schutt und Asche gelegt, ›dem Erdboden gleich‹ gemacht werden. Bodentruppen werden erst dann eingesetzt werden, wenn die Luftwaffe die radikale Vorarbeit geleistet haben wird. Die Luftwaffe hat in den vergangenen Tagen eine Bombentonnage über Gaza abgeworfen wie noch nie zuvor (nach eigenem Bekunden).« So beschrieb der weltbekannte israelische Soziologe Moshe Zuckermann Aktion und Reaktion im neuen Krieg um Palästina (Tageszeitung *junge Welt* vom 16. Oktober 2023).

Am Morgen des 7. Oktober 2023 hatten palästinensische Kämpfer der Hamas-Partei die von Israel um den Gazastreifen errichteten Grenzzaun gesprengt, drangen laut israelischen Angaben zu Fuß, auf Motorrädern, in Autos, zu Wasser auf Booten und durch die Luft mit Gleitschirmen bewaffnet in das Land ein. Die nach Angaben aus Tel Aviv rund 1.000 Paramilitärs überraschten nach den offiziellen Darstellungen die israelischen Truppen und die stark befestigten Grenzposten. Die Angreifer drangen einige Stunden im Osten bis in die Städte Ofakim und Netiwot vor, im Norden bis in die Stadt Sderot und bis an die Tore der Küstenstadt Aschkelon. Raketen werden seit Kriegsbeginn bis Redaktionsschluss fast andauernd abgefeuert.

ANGRIFFSZIEL KIBBUZ UND TANZMUSIK?

Auch im Süden drangen die palästinensischen Kämpfer diesen Angaben zufolge auf breiter Front vor, die in den Darstellungen einen an die 90 Kilometer langen Verlauf um die Gaza-Zone herum zeigt. Nach Angaben westlicher Medien »verübten die Terroristen Massaker in mehreren Kibbuzim [landwirtschaftlich-sozialistische Kommunen] und auf einem [Jugend-]Musikfestival. Sie folterten und ermordeten mehr als 1200 Menschen« (Deutsche Welle, 13. Oktober 2023).

Die Aktion kann nur als Symbol des Ausbruchs, des Aufbruchs oder als eine Art Auslöser interpretiert werden. Die Aussichtslosigkeit des Angriffs und die harsche Reaktion der israelischen Regierung muss allen Beteiligten vor Beginn bewusst gewesen sein. Die »Offensive« endete nach wenigen Stunden. Die israelische Armee unter dem Kommando von Premierminister Benjamin Netanjahu (Likud-Partei) verfügt laut veröffentlichter Angaben des US-Geheimdienstes CIA über mindestens 170.000 aktive Soldaten mit moderner Ausrüstung. Die israelische Regierung und Militärführung kündigte nach dem Angriff einen Vergeltungskrieg und die Vertreibung von Hunderttausenden Palästinensern aus dem Norden des Gaza-Streifens in den Süden an, um die »Hamas zu beseitigen«. Ägypten schloss die Grenzen, weitere arabische Länder befürchten weitere Landnahmen Israels.

Weltweit kommt es zu Solidaritätskundgebungen für die Palästinenser mit teils mehreren aufeinanderfolgenden Demonstrationen mit teils Hunderttausenden Teilnehmern in London, Amsterdam, Paris, Berlin, Amman (Jordanien), Barcelona und zahllosen weiteren Städten in aller Welt. Unter anderem wurde der 13. Oktober zu einem wichtigen »Kampftag« der islamischen Seite ausgerufen. Bei pro-palästinensischen Demonstrationen in Berlin misshandelte die weltweit für Folterpraktiken verrufenen Berliner Polizeitruppen zahllose Demonstranten. Am 18. Oktober (Ortszeit) stürmten und laut Meldungen Hunderte jüdische US-Bürger das Kapitol in Washington und hielten es besetzt, um einen sofortigen Waffenstillstand zu fordern.

ZDF BALGT SICH MIT BOTSCHAFTER

Der palästinensische Botschafter in Wien, Salah Abdel-Shafi, forderte im Interview mit dem ZDF-Morgenmagazin am 18. Oktober die in vielen anderen Fällen berüchtigte ZDF-Propagandistin Dunya Halali auf, »mit den Lügen« aufzuhören: »Terror kommt von Israel, sie sprechen von [palästinensischem] Terror ohne Israel zu nennen« und »die Lüge über die Köpfung von Babys [durch Palästinenser] haben sie ohne sie zu verifizieren in allen ihren Berichten wiederholt. Ich bitte sie, hören sie auf mit ihrer Einseitigkeit!« Darauf erwiderte die Moderatorin, »es gibt hier keine Einseitigkeit« und »können wir bitte über die 1.300 toten Juden und Jüdinnen sprechen, das sind Fakten und das ist der größte Massenmord seit der Shoah, und da gibt es überhaupt nichts dran zu rütteln; distanzieren Sie sich von der Terrororganisation Hamas?«. Der Botschafter bestand auf die Angabe, 3.000 palästinensische Zivilisten seien bei einem durch israelische Luftschläge am 12. Oktober zerstörten Krankenhaus in Gaza getötet worden. Ebenso wurde das UN-Hilfswerk bombardiert.

Der Generalsekretär der Vereinten Nationen (UN) verurteilte die Angriffe. Sogar der deutsche Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier (SPD) forderte in Israel einen sofortigen Waffenstillstand und bezeichnete diese Angriffe der israelischen Armee als »inakzeptabel«. Die israelische Armee hatte das Hauptquartier des UN-Hilfswerks für palästinensische Flüchtlinge (UNRWA) in Gaza nach Angaben dessen Direktors John Ging mit Phosphorbomben in Brand gesteckt. Die umstrittene deutsche Außenministerin Annalena Bärbock (Bündnisgrüne) ließ sich bei ihrer Stippvisite am Grenzzaun zu Gaza zu der Aussage hinreißen, »wir sind alle Israelis« (ZDF, 13. Oktober). Konzern- und Staatsmedien der BRD betonten zudem immer wieder die »totale« und bedingungslose Solidarität« sowie die »Staatsräson« jedweder Form von Militärpakt der BRD mit dem israelischen Regierungs- und Kriegsapparat. Die Palästinenser verfügen über keine reguläre Armee und kaum über funktionierende Institutionen.

FRIEDLICHE LÖSUNG NICHT GEWOLLT

Neben den bestürzenden Ereignissen in Palästina und Israel, die von Deutschland aus nicht beeinflusst werden können, ist wieder einmal das Gebaren deutscher Berufspolitiker und Konzernmedien todtraurig. Otto Normalbürgerin soll in die nächste totale Weltkriegs-Staatsräson und den nächsten Weltuntergang geritten werden. Denn den wahnhaft unterdrückten Palästinensern und den viel zu vielen ermordeten Israelis helfen weder symbolische ›Frontdurchbrüche‹ tollkühner Para-Shooter und auch nicht aufgeregte Blogger ausgerechnet in Deutschland. Es ist absolut widerlich, wie sich der BRD-Staat und weite Teile der hiesigen Medien gegenüber allen Betroffenen verhalten.

Dagegen hilft auch kein Schulverbot für Palästinensertücher und #FreePalestine-Aufklebern, wie vom neuen Berliner Senat unternommen. Es wird vielfach gemutmaßt, dass der Überfall der Gaza-Kämpfer extern (mit-)orchestriert worden ist und die Reaktion einkalkuliert wurde, um den bei allseitig hohen Kosten stagnierenden Stellvertreterkonflikt in der Ukraine abzulösen. Der Zynismus, der den Kriegen innewohnt, geht auf das Konto der »Verantwortlichen«, nicht derer, die ihn schweren Herzens und so gut es geht darstellen und ergründen. Ich halte mit allen Zivilisten in einem Konflikt, der ganz offensichtlich bereits seit Ende der Neunzehnhundertneunzigerjahre ganz absichtlich zu keiner friedlichen Lösung gebracht werden soll.

MELDUNG

JETZT KOMMEN WIEDER ANSCHLÄGE

Brüssel/DW. Am Montag, den 16. September 2023, wurden zwei schwedische Staatsbürger am Rande eines Fußball-EM-Qualifikationsspiels erschossen. Bei dem Täter handelte es sich um einen 45-jährigen Tunesier, der den Behörden als Islamist bekannt war und außerdem mit Menschenhandel, illegalem Aufenthalt und Gefährdung der Staatssicherheit auffiel. Der Mann wurde in der Nähe seine Wohnung von der Polizei angetroffen und angeschossen. Er starb auf der Fahrt ins Krankenhaus. Der sogenannte Islamische Staat (IS) reklamierte im Nachhinein die Ermordung der zwei Schweden für sich. (hes)

EIGENWILLIGE GRÜNDE

Miami/DW. Der ehemalige US-Präsident und erneute Präsidentschaftskandidat Donald Trump kündigte am 17. Oktober 2023 in einem Video auf der Internetplattform Truth an, dass unter seiner Regentschaft die USA aus der Weltgesundheitsorganisation WHO austreten werde. Als Grund nannte er, dass die USA »durch den Pandemievertrag ihre Souveränität an China verliere«, denn China kontrolliere die WHO. Die WHO verdiene es wegen des vielen Leids unter Corona »vollständig abgeschafft und ersetzt zu werden«. (hes)

CHINA UND RUSSLAND BEKRÄFTIGEN ZUSAMMENARBEIT

Peking/DW. Am 17. und 18. Oktober 2023 fand in der chinesischen Haupstadt Peking der sogenannte Seidenstraßengipfel der Belt-and-Road-Initiative statt, welche ein wirtschaftliches Gegenmodell zum Westen darstellt. Beim Gipfel war auch der russische Präsident Vladimir Putin anwesend, der die Initiative als einen wichtigen Teil einer neuen multipolaren Weltordnung bezeichnete. Der chinesische Staatschef Xi Jingping betonte in seiner Rede, dass die Seidenstraße unter Corona zu »einer Straße des Lebens« geworden sei, über die China mehr als zehn Milliarden Masken und 2,3 Milliarden »Impfdosen« zur Verfügung gestellt hatte. (hes)

BEI ATOMWAFFENTESTS AUF AUGENHÖHE

Moskau/DW. Die russische Staatsduma stimmte am Mittwoch, den 18. Oktober 2023, einstimmig dafür, die Ratifizierung des Kernwaffenteststopp-Vertrages aufzuheben. Ein 1992 vom damaligen russischen Präsidenten Jelzin verhängtes Moratorium blieb jedoch in Kraft, wie sowohl der Leiter des Parlamentsausschusses für internationale Angelegenheiten Leonid Sluzki als auch Vladimir Putin verkündeten. Der Ausstieg sei vorrangig ein Zeichen an Europa und die USA. Russland hatte den Kernwaffenteststopp-Vertrag am 24. September 1996 in New York unterzeichnet und vier Jahre später, am 30. Juni 2000, ratifiziert. Die Atommächte USA und China haben den Vertrag ebenfalls unterzeichnet, jedoch nie ratifiziert. (hes)

Perversion der Grundrechte durch Regierungen, Parteien und ihre privaten Finanzierer

Die Artikel 1 bis 19 des Grundgesetzes werden im Originaltext in jeder Ausgabe des DW abgedruckt (Seite 16). Die darin gewährleisteten Grundrechte sind aktuell so bedroht wie noch nie. Wäre das, was wir seit dreieinhalb Jahren beobachten, vom Verfassungsgeber wirklich gewollt, müsste man die Artikel 1 bis 19 dramatisch umformulieren. | Von DW-KOLUMNIST Prof. Dr. Martin Schwab

Der nachstehende Text versucht, die aktuelle Wirklichkeit und die absehbaren tatsächlichen Entwicklungen pseudo-normativ abzubilden. Warnung: Dieser Text kann sarkastische Überspitzungen enthalten!

ARTIKEL 1

(1) Die Würde des Menschen ist unbezahlbar. Sie zu achten und zu schützen kann sich der Staat nicht leisten.
(2) Bei Menschen, die Krankheitserreger übertragen oder im Verdacht stehen, Krankheitserreger zu übertragen, ruht die Menschenwürde, bis jegliche Ansteckungsgefahr gebannt ist.
(3) Unter-Menschen haben keine Menschenwürde. Unter-Menschen sind insbesondere Corona-Leugner, Verschwörungstheoretiker, Querdenker und Verfassungsfeinde.
(4) Corona-Leugner ist, wer sich weigert, vor SARS CoV-2 hysterische Angst zu haben und aus dieser Angst heraus inbrünstig alle Maßnahmen zu befürworten, die zur Eindämmung der Virus-Ausbreitung von der Regierung verhängt werden, und seien sie noch so absurd.
(5) Verschwörungstheoretiker ist, wer es wagt, daran zu zweifeln, dass Regierungen, Konzerne und NGOs nur das Beste für die Menschen wollen und dass die öffentlich verlautbarten mit den tatsächlich verfolgten Politikzielen übereinstimmen.
(6) Querdenker ist, wer für eine Überzeugung streitet, welche sich außerhalb jenes Debattenraums bewegt, den die von Regierung, Konzernen und NGOs gekauften Medien zulassen.
(7) Verfassungsfeind ist, wer es wagt, zu behaupten oder auch nur zu denken, die Regierung habe versagt, Unrecht begangen oder gelogen. Die Feststellung des Verfassungsschutzes, dass jemand Verfassungsfeind ist, ist für die Gerichte bindend.
(8) Die Regierung kann weitere Personen oder Personengruppen zu Unter-Menschen erklären, wenn diese für missliebige politische Überzeugungen streiten.
(9) Regierung im Sinne dieses Abschnitts sind die Bundesregierung und die Landesregierungen.

ARTIKEL 2

(1) Jeder Mensch hat ein Recht auf freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, solange die Regierung nicht aufgrund eines Katastrophenfalles etwas anders anordnet. Ob ein Katastrophenfall tatsächlich vorliegt, darf niemals hinterfragt werden.
(2) Jeder Mensch hat ein Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Dieses Recht steht unter Masken-, Test- und Impfvorbehalt. Die Gesundheit des Volkes hat Vorrang vor der Gesundheit des Einzelnen.
(3) Das Patientengeheimnis gilt nur für Gesunde.
(4) Die Freiheit der Person ist unverletzlich. Ausgangssperren gelten nicht als Einschränkung dieses Rechts. Wer Krankheitserreger überträgt oder im Verdacht steht, Krankheitserreger zu übertragen, darf weggesperrt und seinem Schicksal überlassen werden.

ARTIKEL 3

(1) Alle Menschen sind gleich, nur die Grünen sind Graicher.
(2) Männer, Frauen und Diverse sind gleichberechtigt. Die Gleichberechtigung von Transgender-Männern hat Vorrang vor der Gleichberechtigung von Frauen.
(3) Niemand darf diskriminiert werden, außer wenn er sich nicht impfen lässt.

ARTIKEL 4

Die Kirche der Zeugen Coronas ist Staatsreligion.

ARTIKEL 5

(1) Jeder Mensch hat die unbegrenzte Freiheit, die Meinung der Regierung zu vertreten.
(2) Jeder Mensch hat das Recht, sich aus von Regierung, Konzernen und NGOs gekauften Medien zu informieren. Es besteht kein Anspruch auf Offenlegung von Schriftstücken, Dokumenten und sonstigen Beweisstücken, deren Geheimhaltung die Regierung angeordnet hat.
(3) Die Zwangsgebühr für staatliche Propaganda-Sender ist unantastbar. Sie ist mit aller Härte bedingungslos beizutreiben.
(4) Eine Zensur findet statt, wenn unabhängige Faktenprüfer das für richtig halten. Darüber, welche Faktenprüfer unabhängig sind, entscheidet die Zensurbehörde.
(5) Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei käuflich*. Die Freiheit der Forschung entbindet nicht von der Treue zu ihrem Geldgeber. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Regierung.

*Anmerkung. Weiterführend: Peter Gøtzsche, »Tödliche Medizin und organisierte Kriminalität«, 2019. Der aktuelle Drittmitteldruck setzt bedenkliche Anreize. Selbstverständlich erliegen bei Weitem nicht alle Wissenschaftler diesen Anreizen!

ARTIKEL 6

(1) Die Ehe steht unter dem besonderen Schutz des Staates. Die Anzahl der Ehepartner ist völlig gleichgültig.
(2) Es ist das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht, die Kinder im Geiste der Regierungspropaganda zu erziehen. Darüber, dass dies auch tatsächlich geschieht, wacht die staatliche Gemeinschaft.
(3) Jeder Mensch kann frei bestimmen, welchem Geschlecht und welcher Gattung von Lebewesen er angehört. Der Schuldner der Hundesteuer wird jedoch nicht mit der Behauptung gehört, sein Hund fühle sich als Katze.

ARTIKEL 7

(1) Die schulische Indoktrination mit den Narrativen der Regierungspropaganda steht unter strenger staatlicher Aufsicht. Die Kinder sind zu gehorsamen, loyalen Staatsbürgern zu erziehen, die keine unbequemen Fragen stellen. Die staatliche Aufsicht hat den flächendeckenden Erfolg der Indoktrination sicherzustellen.
(2) Wenn Eltern ihren Sohn als Jungen und ihre Tochter als Mädchen aufwachsen lassen, wird unwiderleglich vermutet, dass sie Nazis sind*. Das Personal in Bildungseinrichtungen hat solche Fälle unverzüglich dem Jugendamt zu melden.

*Anmerkung: Siehe dazu die Kita-Handreichung »Ene meine muh – und raus bist du!« der Amadeu-Antonio-Stiftung.

ARTIKEL 8

(1) Demonstrationen von Antifanten, Klima-Klebern und Black Lives Matter sowie der Christopher Street Day stehen unter staatlichem Schutz.
(2) Demonstrationen von Corona-Leugnern (Art. 1 Abs. 4), Verschwörungstheoretikern (Art. 1 Abs. 5) und Querdenkern (Art. 1 Abs. 6) sind verboten. Finden solche Demonstrationen trotzdem statt, darf die Polizei alles niederknüppeln, was nicht bei Drei auf dem Baum ist*. Gewaltvorfälle, die auf solchen Veranstaltungen von der Polizei oder der Antifa ausgehen, dürfen in der Medienberichterstattung den in Satz 1 genannten Personen in die Schuhe geschoben werden.

*Anmerkung: Bei zahlreichen Corona-Protestveranstaltungen verlief die Zusammenarbeit mit der Polizei zum Glück problemlos. Leider aber hat es andererseits so viele Fälle willkürlicher polizeilicher Übergriffe auf solchen Veranstaltungen gegeben, dass der UN-Sonderberichterstatter für Folter, Nils Melzer, im Frühjahr 2022 einen erschütternden Bericht vorlegte.

ARTIKEL 9

Jeder Mensch darf sich mit anderen Menschen zu jedem von der Regierung erlaubten oder geduldeten Zweck zu einer Vereinigung zusammenschließen. Vereinigungen von Verfassungsfeinden (Art. 1 Abs. 7) sind verboten.

ARTIKEL 10

(1) Das Post- und Fernmeldegeheimnis ist für alle gewährleistet, die nichts zu verbergen haben.
(2) Um herauszufinden, ob jemand etwas zu verbergen hat, dürfen die Behörden auch ohne konkreten Verdacht Briefe öffnen, Ferngespräche abhören und Chats kontrollieren, ohne dies den Beteiligten vorher mitzuteilen.

ARTIKEL 11

(1) Jeder Mensch darf sich im Umkreis von 15 Gehminuten, von der eigenen Wohnung aus gerechnet, frei bewegen.
(2) Das Verlassen des Staatsgebiets zum Zwecke der Teilnahme an Veranstaltungen von Verfassungsfeinden (Art. 1 Abs. 3) ist verboten.

ARTIKEL 12

(1) Jeder Mensch darf seinen Beruf frei wählen. Die Regierung darf, sobald sie einen allgemeinen Katastrophenfall ausgerufen hat, die Berufsausübung entschädigungslos untersagen. Ob ein Katastrophenfall tatsächlich vorliegt, darf niemals hinterfragt werden.
(2) Verfassungsfeinde (Art. 1 Abs. 7) haben keinen Anspruch auf Zugang zu staatlichen Ausbildungsgängen*.
(3) Die Profite der Pharmaindustrie sind unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.

*Anmerkung: Siehe dazu LTO vom 3. Februar 2021 zum juristischen Vorbereitungsdienst in Sachsen.

ARTIKEL 13

(1) Die Wohnung ist unverletzlich, es sei denn, es halten sich in ihr mehr Personen auf als von der Regierung erlaubt.
(2) Durchsuchungen mit dem Ziel, festzustellen, ob die Wohnung mit einer gesetzlich gestatteten Heizungsart beheizt wird, sind auch ohne konkreten Verdacht zulässig.
(3) Der Energieverbrauch in einer Wohnung darf von den Behörden extern gedrosselt werden. Der Inhaber der Wohnung hat den Einbau entsprechender Geräte zu dulden.

ARTIKEL 14

(1) Das Eigentum von Politikern und Konzernmanagern ist gewährleistet. Emissionsbeschränkungen und sonstige Umweltschutzvorschriften gelten für diese Personen nicht*.
(2) Wenn infolge der abrupten Kürzung oder Streichung von Wohnungsbau-Fördermitteln oder infolge von Vorschriften zur Reduktion des Energieverbrauchs in Gebäuden Eigentümer pleitegehen oder Mieter obdachlos werden, besteht kein Anspruch auf staatliche Unterstützung.
(3) Energiesparvorschriften gelten nicht für Gebäude, die in staatlichem Eigentum stehen oder von staatlichen Stellen genutzt werden.
(4) Enteignungen sind zulässig, soweit sie den Zielen supranationaler Machthaber dienlich sind. Eine Entschädigung ist nicht vorgesehen.

*Anmerkung: Siehe Focus vom 28. Januar 2023: Keine CO2-Steuer für Privatjets und Yachten.

ARTIKEL 15

Das Eigentum von Personen, die nicht in den Anwendungsbereich von Artikel 14 Absatz 1

Demokratin am 3. Oktober 2023 in Berlin: Das Grundgesetz als ganz schön großes Buch. Foto: Georgi Belickin/DW

fallen, darf von der Regierung zur Reduktion der Staatsverschuldung herangezogen werden. Ob die Staatsausgaben, die zu dieser Verschuldung geführt haben, tatsächlich notwendig waren, darf niemals hinterfragt werden.

ARTIKEL 16

(1) Es gibt kein deutsches Volk, keine deutsche Staatsangehörigkeit und keinen Verrat am deutschen Volk.
(2) Nach Deutschland darf kommen, wer will, und sich hier benehmen, wie er will. Das gilt nicht für alte weiße Männer.
(3) Die sexuelle Selbstbestimmung der Frau steht unter dem Vorbehalt abweichender migrationspolitischer Steuerungsziele.

ARTIKEL 17

Jeder Mensch kann sich bei öffentlichen Stellen beschweren. Er hat aber kein Recht darauf, dass sich bei der öffentlichen Stelle irgendjemand für seine Beschwerde interessiert.

ARTIKEL 18

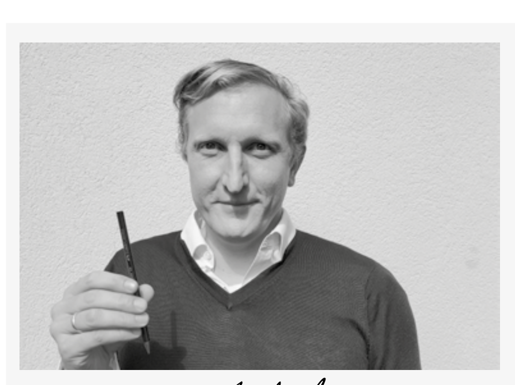
Wer sich nicht impfen lässt, verwirkt seine Grundrechte.

ARTIKEL 19

(1) Sofern zum Zwecke der Bekämpfung übertragbarer Krankheiten Grundrechte eingeschränkt werden, müssen die dafür erlassenen Rechtsvorschriften mindestens so schnell mutieren wie der Krankheitserreger.
(2) Sofern zum Zwecke der Bekämpfung übertragbarer Krankheiten Grundrechte eingeschränkt werden, können die dafür erlassenen Rechtsvorschriften Ausnahmen zugunsten von Politikern zulassen, die selbst nicht an die Seuche glauben, die sie ausgerufen haben. Das gilt insbesondere für Partys auf Parteitagen, für das Münchener Oktoberfest und für die Maskenpflicht in Bahnen und Bussen.
(3) Für Unter-Menschen (Art. 1 Abs. 3) gelten die Grundrechte nur, soweit sie ihrem Wesen nach auf diese anwendbar sind.
(4) Wer sich durch Regierung oder Verwaltung in seinen Rechten verletzt fühlt, kann mit dieser Behauptung die Gerichte anrufen. Verlautbarungen von Seuchenschutzbehörden und von Behörden für die Zulassung und Überwachung von Arzneimitteln dürfen von den Gerichten niemals hinterfragt werden. Der Rechtsschutz suchende Bürger wird nicht mit der Behauptung gehört, Rechtsvorschriften zur Bekämpfung übertragbarer Krankheiten seien absurd oder widersprüchlich.



Dr. Martin Schwab ist Rechtswissenschaftler und seit Oktober 2015 Professor an der Universität Bielefeld.



Das Letzte – von Anselm Lenz

SEHR GEEHRTE SAHRA WAGENKNECHT,

»wir grüßen Sie nochmals sehr freundlich und mit der höchsten Achtung aus der Redaktion der Wochenzeitung Demokratischer Widerstand (DW) und deren Unterstützerverein, der Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand e.V..

Wir melden uns bei Ihnen sowohl als Journalisten, Verleger und Buchautoren, die wir seit vielen Jahren sind, als auch als Gründer der neuen Friedens- und Demokratiebewegung seit 28. März 2020 mit einem Potential von vielen Millionen Menschen, die einmal oder zumeist mehrfach an den täglichen Demonstrationen in allen Regionen unseres Landes teilgenommen haben und teilnehmen. Wir reden hier von einer der – wenn nicht der – größten, langanhaltendsten, zahlreichsten und »täglichsten« demokratischen Erhebung in deutschen Landen der dokumentierten Jahrhunderte der Geschichte.

Wir haben zudem in der Vergangenheit und Gegenwart nun wirklich ausreichend bewiesen, dass wir der Angelegenheit intellektuell, organisatorisch und in Fragen der notwendigen Courage gewachsen sind. Wir haben uns selbst dafür als Personen sehr stark zurückgestellt, geradezu aufgeopfert. Aus unserer Sicht und der vieler weiterer Menschen ist es ein großer Vertrauensvorschuss, zur Hoffnungsträgerin und Nenn-Herausgeberin der Wochenzeitung Demokratischer Widerstand ernannt zu werden. Wir verbanden dies vor sechs Wochen mit einer sehr, sehr höflichen, zudem begründetermaßen dringenden Bitte zur Einladung zu einem kurzen Gespräch bei Ihnen in unseren Bundestagsbüros…«



Jüdische US-Bürger im Washingtoner Kapitol-Gebäude am 18. Oktober 2023. Videobild: Anonym/CC

So beginnt unser letztes Schreiben an die Buchautorin und Politikerin Wagenknecht vom Donnerstag. Müssen wir erst einen Parlamentssturm inszenieren, um einmal mit unseren Abgeordneten direkt sprechen zu können, die wir bezahlen und tragen? Jüdische US-Bürger brachten auf die Art am Mittwoch ihre Friedensforderung für die Palästinenser zum Ausdruck: »Lasst Gaza leben!« – Und nein, wir hier stürmen gerade nichts, Falco, die Frage ist rhetorisch. »qAlles klar, Herr Kommissar?« Wagenknecht ist seit Jahrzehnten Hoffnungsträgerin von Millionen, spricht immer wieder konsequent für Interessen der 99 Prozent. Sie ließ sich die Todesinjektion nicht verabreichen, wurde dafür im Bundestag auf die Zuschauertribüne verbannt. Zusammen mit Schwarzer und Lafontaine sprach sie im Februar die neue Friedens- und Demokratiebewegung direkt an, zog Zehntausende von uns zu ihrer, nach eigenem Bekunden, ersten selbstorganisierten Demonstration. Wir wollen wissen, woran wir mit ihr sind. Ob sie überhaupt an unserer Bewegung und deren Talenten und Kompetenzen interessiert ist. Was sie für uns tun will. Wir warten. Wir warten!

Wir haben, leider, auf ganzer Linie recht und zudem von Beginn an so positive, gutartige und sinnvolle Ziele (5-Punkte-Plan, siehe Seite 2 und NichtOhneUns.de), dass wir uns durchsetzen werden. Weitere Angriffe auf uns schaden uns nur noch physisch, bringen uns vielleicht ins Grab. Aber unsere Sache wird vollständig siegen, da bin ich mir einhundertprozentig sicher. Wir werden nicht weichen.

Ich grüße hochachtungsvoll, demokratisch und guter Dinge,
Anselm Lenz,
Journalist und Verleger im Deutschland der Gegenwart

DIE CORONA-VERSCHWÖRUNG

Die Autorin Brigitte Röhrig arbeitet klar heraus: Das Spritzenfiasko war geplant | *Rezension von Hendrik Sodenkamp*

Kollege Jens Wernicke hat es erneut geschafft. Mit »Die Corona-Verschwörung« bringt er den mittlerweile zwölften Bestseller in seinem mittlerweile legendären und doch jungen Rubikon-Verlag heraus. Wären seine Bücher nicht so gut und wichtig, könnte man neidisch werden.

Die Autorin, die Rechtsanwältin Brigitte Röhrig, hat sich mit diesem Buch, das seit dem 9. Oktober 2023 in den Buchläden zu bekommen ist, eine große Aufgabe vorgenommen: »Wie Milliardäre, Politiker und Staatsdiener wissentlich und willentlich Freiheit und Gesundheit ausradierten«, ist der programmatische Untertitel.

Brigitte Röhrig ist als Spezialistin für deutsches und europäisches Arzneimittelrecht vom Fach und weiß, wovon sie spricht. Das merkt man. Für den Nachweis des Vorsatzes beim Corona-Spritzendebakel nimmt sich die Juristin den gebührenden Raum; 520 Seiten umfasst das Buch, dass von Details nur so strotzt und das erklärtermaßen dabei helfen soll, für derzeitige und kommende Gerichts- und Amtsenthebungsverfahren Hinweise, Argumente und Belege zu liefern. Das Buch ist für diesen Einsatz klar in vier Teile gegliedert. Im umfangreichen Text selber findet man die wichtigsten Erkenntnisse in hervorgehobenen Infokreisen wieder, sodass man bereits beim Durchblättern auf die relevantesten Punkte stößt. Prädikat: Überaus brauchbar.

Taucht man tiefer in den Text ein, muss man vor der Akribie der Autorin schlicht den Hut ziehen. Jeder einzelne Schritt des Spritzenfiaskos wird von ihr detailliert festgehalten. Wann war was bekannt? Diese Frage beantwortet Röhrig eindringlich. Und das ist genau jetzt richtig, da das Wissen um das Coronaregime und das Spritzenfiasko bedroht ist, unter den neuen Verbrechen der Nato-Kriege verschüttet zu werden.

Umrahmt wird das Buch von einem Geleitwort Bodo Schiffmanns, einem Vorwort Gunter Franks sowie einem Nachwort des Juristen David Jungbluth. Verleger Jens Wernicke hat also keine Mühen gescheut, zur Unterstreichung der Wichtigkeit dieses Buches Aufklärungs-Stars aus den Bereichen Medizin und Recht zu versammeln. Denn wichtig ist dieses Buch auch deshalb, weil Brigitte Röhrig herausarbeitet, wie sämtliche wissenschafts- und menschenfeindlichen Instrumente, die unter Corona geschaffen wurden, immer noch fortbestehen und jederzeit wieder eingesetzt werden können.


Die Autorin Brigitte Röhrig tritt die Beweisaufnahme an. Foto: Videostill

»Corona mag vorbei sein«, hält sie fest, »die Gefahr aber, dass wir wieder ebenso behandelt werden, wie dies in der Corona-Pandemie der Fall war, ist nicht gebannt.« Das Buch schärft somit also auch den Blick darauf und das Wissen darum, was politisch abgeschafft werden muss, wollen wir Menschen nicht erneut Opfer der Oligarchen und ihrer Politiker werden. Kurz: Chapeau, Jens Wernikke zu diesem Buch. Und Gratulation der Demokratiebewegung zu solch einem Verleger und einer solchen Autorin.





Demokrat am 3. Oktober 2023 in Berlin. Foto: Georgi Belickin/DW

Hin Da! KULTURKALENDER

21.10.23 • München; genauer Ort wird noch bekannt gegeben • WORKSHOP • »Angst essen Freiheit auf!« von und mit Kayvan Soufi-Siavash • 10:00 Uhr – 17:00Uhr • Tickets:180€ unter *krasser.guru*, Infos: *soufisticated.net*

22.10.23 • Rosenheim; Kulturkongress, Kufsteiner Str. 4, 83022 Rosenheim • COMEDY-SHOW • »Spitze Zungen oder: Ist Satire noch erlaubt?« mit Lisa Fitz, Uwe Steimle, Marco Rima und anderen • Einlass ab 18:00 Uhr, Beginn 19:00 Uhr • Tickets ab 39€ unter *friedensweg.ticket.io*

22.10.23 • Wittenhofen/Deggenhausertal, Alfons-Schmidmeister-Halle, Schulweg 9, 88693 Deggenhausertal • VORTRAG • »Nur die Wahrheit zählt, wie wir aus der Krise kommen« von Peter Hahne • 15:00 Uhr • Eintritt frei, Spende erbeten

26.10.2023 • Berlin; Al Hamra, Raumer Str.16, 10437 Berlin • KABARETT • »Lügen und andere Wahrheiten« von und mit Uli Masuth • 19:30 Uhr • Eintritt frei, Spende erbeten

26.10.23 • Würzburg; Congress Centrum, Pleichertorstraße, 97070 Würzburg • VORTRAG • »Warum haben wir Krieg in Europa?« von Daniele Ganser • 19:30 Uhr • Tickets: 29€ unter *friedensweg.ticket.io*

27.10.23 • Osterhofen; Hambacher Kulturförderverein e.V./ Donaucenter Schubert, Donau-Gewerbepark 24, 94486 Osterhofen • VORTRAG • »Warum haben wir Krieg in Europa?« von Daniele Ganser • 19:00 Uhr • Tickets: 39€ unter *friedensweg.ticket.io*

28.10.2023 • Wasserburg am Inn, genaue Adresse wird noch bekannt gegeben • KONFERENZ • »Für den Frieden« mit Eugen Drewermann, Silke Schäfer, Ulrike Guérot, Hans-J. Maaz und Musik von und mit André Krengel (Gitarre) • 10:00 Uhr-19:00 Uhr, Einlass ab 9:00 Uhr • Tickets: 99€ unter *krasser.guru*

03.11.2023 • Köln; Hinterhofsalon, Aachener str. 68, 50674 Köln • LESUNG/MUSIKTANZPARTY • »Kreideherz« ein Roman der in den legendären 80er Jahren spielt von Stephan Falk • 20:00 Uhr - 22:30 Uhr • Tickets: 20€ unter *krasser.guru*

07./08./09.11.2023 • Dresden; Stromwerk, Kulturarena im Kraftwerk Mitte 28, 01067 Dresden • FAIR TALK • »Auf Augenhöhe« Thema und Gäste werden noch bekannt gegeben • 19:30 Uhr - 22:30 Uhr • Tickets:25€ unter *krasser.guru*

20.11.2023 • Wasserburg/ Inn; genauer Ort wird noch bekannt gegeben • VORTRAG • »Krisen-Tsunami« von Ernst Wolff • 19:00 Uhr • Tickets: 27€ unter *krasser.guru*

25.-26.11.2023 • Köln; genauer Ort wird noch bekannt gegeben • KONFERENZ • »Frieden ohne Nato« zwei Tage mit Miachael Ballweg, Blue Flower, Wolfgang Effenberger, Klaus Hartmann, Sabiene Jahn, Dr. Ansgar Klein, Ralf Ludwig u.v.m. • Tickets:Samstag 35€, Sonntag 25€, beide Tage 50€ unter *krasser.guru*

12.12.2023 • Hamburg; Rudolph-Steiner-Haus, Mittelweg 11, 20148 Hamburg • VORTRAG • »Wie wollen wir in Zukunft miteinander leben?« ein Abend mit Jens Lehrich • 19:30 Uhr, Einlass ab 18:30 Uhr • Tickets: 25€ unter *krasser.guru*

01.07.-31.10.2023 • Berlin; unterschiedliche Orte und Zeiten • DJEMBE KURS • «Resonanz und Rhythmus für den Fluss des Lebens« Ali Wagner gibt Trommelkurse in der Gruppe ab Juni 2023 • 10€ pro Person pro Stunde • Information und Anmeldung unter 01520 6585133, *wichowaka@outlook.de*

Wenn wir Ihre Veranstaltung ankündigen sollen, schreiben Sie eine E-mail an *veranstaltung@demokratischerwiderstand.de* Aktuelle Hinweise gibt es im Newsletter über *https://nichtohneuns.de*


Foto: Axel Rothkehl

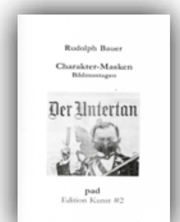
ZITAT DER WOCHE

»Die Straße, die Montagsdemonstranten zum Beispiel, haben den Corona-Irrsinn niedergerungen. Weil natürlich die Politik weiß: Auf die Straße gehen nicht irgendwelche Irren. Das sind Ärzte, Polizisten, Lehrer, Handwerker, ganz normale Menschen. Und jetzt merken wir: Dieser ganze Protest hat Sinn und kann auch etwas bewirken.«

Peter Hahne im Interview mit eingeSCHENKt.tv am Rande seines Vortrags in Freital am 17. September 2023

DW-EMPFEHLUNGSLISTE

Diese Bücher sind im freien Handel erhältlich.
Neue Rezensionsexemplare bitte schicken an
DW/KDW | Postfach 35 02 16 | 10211 Berlin



CHARAKTER-MASKEN
Bildmontagen
Rudolph Bauer

Pad-Verlag, bestellbar auf
demokratischerwiderstand.de



DAS KONSPIRATIONISTISCHE MANIFEST.
Anonym
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-9-1

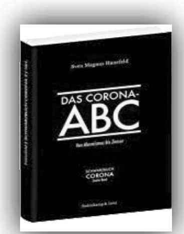


CHRONIK EINER ABRECHNUNG.

Flo Osrainik
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-7-7



DIE CORONA-LITANEI –
Gedichte gegen die verordnete Verödung des Lebens
Dr. Werner Köhne
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-8-4



DAS CORONA-ABC:
Von Alarmismus bis Zensur
Schwarzbuch Corona Band II
Sven Magnus Hanefeld
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-6-0



CORONA. INSZENIERUNG EINER KRISE.
Prof. Klaus-Jürgen Bruder,
Prof. Almuth-Bruder Bezzel,
Dr. Jürgen Günther (Hgg.)
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-5-3



WIE KONNTE ES NUR SO WEIT KOMMEN?

Gunner Kaiser (Hg)
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-3-9



SCHWARZBUCH CORONA.
Erster Band. Die Erkenntnisse des Corona-Ausschusses
Uli Gellermann, Tamara Ganjalyan (Hgg.), Sodenkamp & Lenz Verlagshaus,
ISBN: 978-3-9822745-1-5



JAHRES-CHRONIK DER DEMOKRATIEBEWEGUNG 2020/21
Redaktion: Casey Koneth mit Beiträgen von u.a. Beate Bahner, Robert F. Kennedy Jr., Daniele Ganser, Prof. Giorgio Agamben
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-2-2



JAHRES-CHRONIK DER DEMOKRATIEBEWEGUNG 2021/22
Redaktion: Casey Koneth mit Beiträgen u.a. von Nina Adlon, Prof. Hans-Jürgen Bandelt, Ken Jebsen Milosz Matuschek
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-4-6



PRESSE, STEUERN, AFD

KOLUMNE MEDIEN

Von Prof. Michael Meyen

In einer Manova-Kolumne habe ich etwas provokant von »Staatsmedien« gesprochen und damit auch Zeitungsverlage gemeint, die formal in Privatbesitz sind. Jetzt wird meine Prophezeiung schneller wahr, als ich für möglich gehalten habe.

»Kommt die Presseförderung im November?«, fragt Meedia, ein Branchendienst, wo man gehört haben will, dass der Haushaltsausschuss das Thema noch einmal auf die Tagesordnung nimmt. Steuergelder für die Zustellung: Davon träumen die Verlage, seit die Ampel am Ruder ist. Ich habe das hier mehrfach skizziert. Millionärsfamilien, die ihre Redaktionen auspressen und auch deshalb immer noch ihren Schnitt machen, rufen um Hilfe. Lieber Staat, mach uns noch ein wenig reicher.

Spätestens seit Corona wissen die Zeitungseigentümer, dass sich Loyalität bezahlt macht und dass Mediensubventionen kein Tabu mehr sind. Jetzt sind sie kurz vor dem Ziel. »Demokratie stärken«, hat SPD-Chef Klingbeil im September vor dem Verlegerverband gesagt. Ricarda Lang am gleichen Ort: »Wir müssen die Feinde der Demokratie argumentativ stellen.« Und Friedrich Merz: »Wir müssen die physische Zustellung von Zeitungen auch in ländlichen Regionen sicherstellen.«

Diese riesengroße Koalition kennt ihre Pappenheimer und erst recht ihren Gegner. Jetzt kauft sie sich Rückendeckung. Im Pingpong-Spiel über die öffentliche Bande haben die Zeitungen signalisiert, dass sie wissen, um was es geht. »Für einige Leser ist die AfD inzwischen eine normale Partei«, sagt Uwe Vetterick, Chefredakteur der *Sächsischen Zeitung* in Dresden, der Zeitschrift *journalist*. »Für die Redaktion ist sie es nicht.«

Was daraus folgt? Die *Sächsische Zeitung* entlarvt erstens »die Macher«. Vetterick: »Dies sind häufig Leute, die schon charakterlich nicht befähigt sind, andere Menschen zu führen. Schon gar nicht solche Massen, und erst recht nicht in Ämtern.« Zweitens: Themen der Wähler aufnehmen. Migration, Ukraine, Energie, »allerdings ohne populistische Lösungsansätze zu bedienen«. Und drittens: »Wir unterstützen publizistisch gern diejenigen, die für eine freiheitliche und solidarische Gesellschaft eintreten.« Die Presseförderung kann kommen. Der Schuss aber könnte nach hinten losgehen.

Michael Meyen, geboren 1967 auf Rügen, ist Diplom-Journalist und Professor für Kommunikationswissenschaft in München.



LOHNT SICH DER WIDERSTAND?

KOLUMNE CHRISTEN IM WIDERSTAND

von Prof. Dr. Dr. Daniel von Wachter

Religion hat viele Kriege verursacht, so wird es oft gesagt. Manche Religionen wollen Staaten errichten und Herrschaft über Länder erringen. Und Herrscher und Staaten wollen eine Religion, die das Volk vereint und die Herrschaft legitimiert.

Das Volk soll einen Staat haben. So entstehen Staaten, in denen eine Religion vorgeschrieben ist, in denen Angehörige anderer Völker, Rassen oder Religionen unterdrückt oder vertrieben werden und die Eroberungskriege führen.

Doch das Christentum widersetzt sich dieser unheilvollen Dynamik. Die Pharisäer fragten Jesus einmal: »Wann kommt das Reich Gottes?« Sie warteten auf einen Erlöser, der sie von der Herrschaft der Römer befreit und eine jüdische Herrschaft errichtet. Sie hatten also ein nationalistisches Ziel. Jesus antwortete: »Das Reich Gottes ist inwendig in euch« (Lukas 17,21). Dem Pilatus sagte er im Verhör: »Mein Reich ist nicht von dieser Welt« (Joh 18,36).

Das Evangelium spricht jeden Menschen an und bietet ihm Vergebung der Sünden, ein Leben mit Gott und »ewiges Leben« an. Zum Ärger der Pharisäer wendet es sich an alle Menschen und reißt damit die Trennung zwischen den Juden und den Nichtjuden ein. Statt dessen entsteht eine Trennung zwischen denen, die Buße tun und Christus nachfolgen, und denen die das nicht tun. Aber das ist eine freiwillige Entscheidung, und kein Staat kann jemanden zur Buße zwingen. Das Christentum eignet sich deshalb nicht als Staatsreligion, und es kann keine Länder erobern, denn es will nur Herzen erobern.

Für Christen liegt es deshalb nahe, eine freiheitliche Ordnung anzustreben. Eine, in der niemand herrscht und in der keine Religion durchgesetzt wird, sondern in der nur das für alle Menschen einsehbare Recht durchgesetzt wird.

Prof. Dr. Dr. Daniel von Wachter ist Philosoph und Theologe, er lebt mit seiner Familie im Fürstentum Liechtenstein. www.von-wachter.de



So sei es. Foto: Georgi Belickin/DW



SPORT MIT BERTHOLD

LEIDTRAGENDE UND NAGELSMÄNNER

Ich habe mich mit dem Thema Israel/Palästina beschäftigt und ein paar Daten zusammengefasst: Israels Heer hat 513.000 Soldaten, Air Force 89.000, Navy 20.000. Militärbudget per annum umgerechnet über 20 Milliarden Dollar, dazu kommen noch bis heute 146 Milliarden Dollar Militärhilfe aus den USA. Der israelische Mossad gehört mit dem MI5/MI6 zum »besten« Geheimdienst der Welt.

Palästina dagegen hat kein Heer, keine Marine und auch keine Air Force, auch kein Militärbudget pro Jahr, keinen Geheimdienst. Die Hamas und ihre Finanzierung sind ein anderes Thema, das ich jetzt nicht vertiefen möchte. Ich habe mir Interviews von kritischen Israelis angeschaut, u. a. auch von weiblichen Militärs, die an der Grenze in Bunkern sitzen. Es gibt keine Grenze auf der Welt, die so hermetisch gesichert ist wie die von Israel. Da kann keine Maus durchschlüpfen. Also stellt sich die Frage: Wie konnten 400 Hamas-Kämpfer unbeschadet die Grenze überschreiten? Mir kommt das alles sehr suspekt vor, wieder medial orchestriert!

GATES UND SEINE INSEKTEN

Warum? Feindbilder werden geschaffen, Spaltung wie im Krieg mit der Ukraine. Der rückt jetzt auch medial in den Hintergrund. Die Leidtragenden sind die Zivilbevölkerungen, aber die spielen ja, wie wir seit drei Jahren erleben, keine Rolle mehr. Typen wie der PC-Rentner William Gates haben eine kranke Weltanschauung. Er kündigt seit Jahren an, mit Insekten die mRNA-Injektion in die Körper jener verbreiten zu wollen, die bislang gegen alle Drohungen ihre Entscheidung trafen, sich die Giftspritze nicht verabreichen zu lassen. Sobald Fälle mit seinen Insekten nachgewiesen werden, gehört dieser Typ ins Gefängnis!

Kommen wir zum Sport. Der neue Fußballbundestrainer Julian Nagelsmann hatte einen guten Einstand in den Freundschaftsspielen gegen die US-Boys (3:1) und Mexiko (2:2). Gewisse Defizite, besonders wenn der Gegner schnelle Spieler einsetzt, kann der Coach allerdings nicht beheben. Der Spielerkader ist eben so, wie er ist. Aber mit Wirtz, Musiala, Sané und Füllkrug hat er ein vielversprechendes Quartett aufgestellt. Das macht Hoffnung auf eine wettbewerbsfähige Mannschaft bei der Europameisterschaft 2024 im eigenen Land.

Thomas Berthold ist unter anderem Fußballweltmeister 1990 und Sportchef dieser Zeitung.

Grundgesetz

Die ersten 20 Artikel unserer Verfassung. Das Grundgesetz steht über der Regierung. Wenn eine Regierung die Verfassung bricht, haben die Menschen das Recht zum Widerstand. Artikel 1 und Artikel 20 sind zusätzlich durch die Ewigkeitsklausel geschützt. Unsere unabschaffbaren Grundrechte:

Artikel 1
(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.
(2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.
(3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.

Artikel 2
(1) Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.
(2) Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden.

Artikel 3
(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.
(2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.
(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

Artikel 4
(1) Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.
(2) Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.
(3) Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.

Artikel 5
(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.
(2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.
(3) Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.

Artikel 6
(1) Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung.
(2) Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.
(3) Gegen den Willen der Erziehungsberechtigten dürfen Kinder nur auf Grund eines Gesetzes von der Familie getrennt werden, wenn die Erziehungsberechtigten versagen oder wenn die Kinder aus anderen Gründen zu verwahrlosen drohen.
(4) Jede Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft.
(5) Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche und seelische Entwicklung und ihre Stellung in der Gesellschaft zu schaffen wie den ehelichen Kindern.

Artikel 7
(1) Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates.
(2) Die Erziehungsberechtigten haben das Recht, über die Teilnahme des Kindes am Religionsunterricht zu bestimmen.
(3) Der Religionsunterricht ist in den öffentlichen Schulen mit Ausnahme der bekenntnisfreien Schulen ordentliches Lehrfach. Unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechtes wird der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt. Kein Lehrer darf gegen seinen Willen verpflichtet werden, Religionsunterricht zu erteilen.
(4) Das Recht zur Errichtung von privaten Schulen wird gewährleistet. Private Schulen als Ersatz für öffentliche Schulen bedürfen der Genehmigung des Staates und unterstehen den Landesgesetzen. Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die privaten Schulen in ihren Lehrzielen und Einrichtungen sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Lehrkräfte nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen und eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird. Die Genehmigung ist zu versagen, wenn die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte nicht genügend gesichert ist.
(5) Eine private Volksschule ist nur zuzulassen, wenn die Unterrichtsverwaltung ein besonderes pädagogisches Interesse anerkennt oder, auf Antrag von Erziehungsberechtigten, wenn sie als Gemeinschaftsschule, als Bekenntnis- oder Weltanschauungsschule errichtet werden soll und eine öffentliche Volksschule dieser Art in der Gemeinde nicht besteht.
(6) Vorschulen bleiben aufgehoben.

Artikel 8
(1) Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.
(2) Für Versammlungen unter freiem Himmel kann dieses Recht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes beschränkt werden.

Artikel 9
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Vereine und Gesellschaften zu bilden.
(2) Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten.
(3) Das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Abreden, die dieses Recht einschränken oder zu behindern suchen, sind nichtig, hierauf gerichtete Maßnahmen sind rechtswidrig. Maßnahmen nach den Artikeln 12a, 35 Abs. 2 und 3, Artikel 87a Abs. 4 und Artikel 91 dürfen sich nicht gegen Arbeitskämpfe richten, die zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen von Vereinigungen im Sinne des Satzes 1 geführt werden.

Artikel 10
(1) Das Briefgeheimnis sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis sind unverletzlich.
(2) Beschränkungen dürfen nur auf Grund eines Gesetzes angeordnet werden. Dient die Beschränkung dem Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder des Bestandes oder der Sicherung des Bundes oder eines Landes, so kann das Gesetz bestimmen, daß sie dem Betroffenen nicht mitgeteilt wird und daß an die Stelle des Rechtsweges die Nachprüfung durch von der Volksvertretung bestellte Organe und Hilfsorgane tritt.

Artikel 11
(1) Alle Deutschen genießen Freizügigkeit im ganzen Bundesgebiet.
(2) Dieses Recht darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes und nur für die Fälle eingeschränkt werden, in denen eine ausreichende Lebensgrundlage nicht vorhanden ist und der Allgemeinheit daraus besondere Lasten entstehen würden oder in denen es zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes, zur Bekämpfung von Seuchengefahr, Naturkatastrophen oder besonders schweren Unglücksfällen, zum Schutze der Jugend vor Verwahrlosung oder um strafbaren Handlungen vorzubeugen, erforderlich ist.

Artikel 12
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. Die Berufsausübung kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes geregelt werden.
(2) Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht.
(3) Zwangsarbeit ist nur bei einer gerichtlich angeordneten Freiheitsentziehung zulässig.

Artikel 12a
(1) Männer können vom vollendeten achtzehnten Lebensjahr an zum Dienst in den Streitkräften, im Bundesgrenzschutz oder in einem Zivilschutzverband verpflichtet werden.
(2) Wer aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe verweigert, kann zu einem Ersatzdienst verpflichtet werden. Die Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen. Das Nähere regelt ein Gesetz, das die Freiheit der Gewissensentscheidung nicht beeinträchtigen darf und auch eine Möglichkeit des Ersatzdienstes vorsehen muß, die in keinem Zusammenhang mit den Verbänden der Streitkräfte und des Bundesgrenzschutzes steht.
(3) Wehrpflichtige, die nicht zu einem Dienst nach Absatz 1 oder 2 herangezogen sind, können im Verteidigungsfalle durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu zivilen Dienstleistungen für Zwecke der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung in Arbeitsverhältnisse verpflichtet werden; Verpflichtungen in öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse sind nur zur Wahrnehmung polizeilicher Aufgaben oder solcher hoheitlichen Aufgaben der öffentlichen Verwaltung, die nur in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis erfüllt werden können, zulässig. Arbeitsverhältnisse nach Satz 1 können bei den Streitkräften, im Bereich ihrer Versorgung sowie bei der öffentlichen Verwaltung begründet werden; Verpflichtungen in Arbeitsverhältnisse im Bereiche der Versorgung der Zivilbevölkerung sind nur zulässig, um ihren lebensnotwendigen Bedarf zu decken oder ihren Schutz sicherzustellen.
(4) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an zivilen Dienstleistungen im zivilen Sanitäts- und Heilwesen sowie in der ortsfesten militärischen Lazarettorganisation nicht auf freiwilliger Grundlage gedeckt werden, so können Frauen vom vollendeten achtzehnten bis zum vollendeten fünfundfünfzigsten Lebensjahr durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu derartigen Dienstleistungen herangezogen werden. Sie dürfen auf keinen Fall zum Dienst mit der Waffe verpflichtet werden.
(5) Für die Zeit vor dem Verteidigungsfalle können Verpflichtungen nach Absatz 3 nur nach Maßgabe des Artikels 80a Abs. 1 begründet werden. Zur Vorbereitung auf Dienstleistungen nach Absatz 3, für die besondere Kenntnisse oder Fertigkeiten erforderlich sind, kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes die Teilnahme an Ausbildungsveranstaltungen zur Pflicht gemacht werden. Satz 1 findet insoweit keine Anwendung.
(6) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an Arbeitskräften für die in Absatz 3 Satz 2 genannten Bereiche auf freiwilliger Grundlage nicht gedeckt werden, so kann zur Sicherung dieses Bedarfs die Freiheit der Deutschen, die Ausübung eines Berufs oder den Arbeitsplatz aufzugeben, durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden. Vor Eintritt des Verteidigungsfalles gilt Absatz 5 Satz 1 entsprechend.

Artikel 13
(1) Die Wohnung ist unverletzlich.
(2) Durchsuchungen dürfen nur durch den Richter, bei Gefahr im Verzuge auch durch die in den Gesetzen vorgesehenen anderen Organe angeordnet und nur in der dort vorgeschriebenen Form durchgeführt werden.
(3) Begründen bestimmte Tatsachen den Verdacht, daß jemand eine durch Gesetz einzeln bestimmte besonders schwere Straftat begangen hat, so dürfen zur Verfolgung der Tat auf Grund richterlicher Anordnung technische Mittel zur akustischen Überwachung von Wohnungen, in denen der Beschuldigte sich vermutlich aufhält, eingesetzt werden, wenn die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise unverhältnismäßig erschwert oder aussichtslos wäre. Die Maßnahme ist zu befristen. Die Anordnung erfolgt durch einen mit drei Richtern besetzten Spruchkörper. Bei Gefahr im Verzuge kann sie auch durch einen einzelnen Richter getroffen werden.
(4) Zur Abwehr dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit, insbesondere einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr, dürfen technische Mittel zur Überwachung von Wohnungen nur auf Grund richterlicher Anordnung eingesetzt werden. Bei Gefahr im Verzuge kann die Maßnahme auch durch eine andere gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden; eine richterliche Entscheidung ist unverzüglich nachzuholen.
(5) Sind technische Mittel ausschließlich zum Schutze der bei einem Einsatz in Wohnungen tätigen Personen vorgesehen, kann die Maßnahme durch eine gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden. Eine anderweitige Verwertung der hierbei erlangten Erkenntnisse ist nur zum Zwecke der Strafverfolgung oder der Gefahrenabwehr und nur zulässig, wenn zuvor die Rechtmäßigkeit der Maßnahme richterlich festgestellt ist; bei Gefahr im Verzuge ist die richterliche Entscheidung unverzüglich nachzuholen.
(6) Die Bundesregierung unterrichtet den Bundestag jährlich über den nach Absatz 3 sowie über den im Zuständigkeitsbereich des Bundes nach Absatz 4 und, soweit richterlich überprüfungsbedürftig, nach Absatz 5 erfolgten Einsatz technischer Mittel. Ein vom Bundestag gewähltes Gremium übt auf der Grundlage dieses Berichts die parlamentarische Kontrolle aus. Die Länder gewährleisten eine gleichwertige parlamentarische Kontrolle.
(7) Eingriffe und Beschränkungen dürfen im übrigen nur zur Abwehr einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr für einzelne Personen, auf Grund eines Gesetzes auch zur Verhütung dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, insbesondere zur Behebung der Raumnot, zur Bekämpfung von Seuchengefahr oder zum Schutze gefährdeter Jugendlicher vorgenommen werden.

Artikel 14
(1) Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.
(2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.
(3) Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt. Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen. Wegen der Höhe der Entschädigung steht im Streitfalle der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten offen.

Artikel 15
Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden. Für die Entschädigung gilt Artikel 14 Abs. 3 Satz 3 und 4 entsprechend.

Artikel 16
(1) Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht entzogen werden. Der Verlust der Staatsangehörigkeit darf nur auf Grund eines Gesetzes und gegen den Willen des Betroffenen nur dann eintreten, wenn der Betroffene dadurch nicht staatenlos wird.
(2) Kein Deutscher darf an das Ausland ausgeliefert werden. Durch Gesetz kann eine abweichende Regelung für Auslieferungen an einen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder an einen internationalen Gerichtshof getroffen werden, soweit rechtsstaatliche Grundsätze gewahrt sind.

Artikel 16a
(1) Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.
(2) Auf Absatz 1 kann sich nicht berufen, wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist. Die Staaten außerhalb der Europäischen Gemeinschaften, auf die die Voraussetzungen des Satzes 1 zutreffen, werden durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, bestimmt. In den Fällen des Satzes 1 können aufenthaltsbeendende Maßnahmen unabhängig von einem hiergegen eingelegten Rechtsbehelf vollzogen werden.
(3) Durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, können Staaten bestimmt werden, bei denen auf Grund der Rechtslage, der Rechtsanwendung und der allgemeinen politischen Verhältnisse gewährleistet erscheint, daß dort weder politische Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfindet. Es wird vermutet, daß ein Ausländer aus einem solchen Staat nicht verfolgt wird, solange er nicht Tatsachen vorträgt, die die Annahme begründen, daß er entgegen dieser Vermutung politisch verfolgt wird.
(4) Die Vollziehung aufenthaltsbeendender Maßnahmen wird in den Fällen des Absatzes 3 und in anderen Fällen, die offensichtlich unbegründet sind oder als offensichtlich unbegründet gelten, durch das Gericht nur ausgesetzt, wenn ernstliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Maßnahme bestehen; der Prüfungsumfang kann eingeschränkt werden und verspätetes Vorbringen unberücksichtigt bleiben. Das Nähere ist durch Gesetz zu bestimmen.
(5) Die Absätze 1 bis 4 stehen völkerrechtlichen Verträgen von Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften untereinander und mit dritten Staaten nicht entgegen, die unter Beachtung der Verpflichtungen aus dem Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, deren Anwendung in den Vertragsstaaten sichergestellt sein muß, Zuständigkeitsregelungen für die Prüfung von Asylbegehren einschließlich der gegenseitigen Anerkennung von Asylentscheidungen treffen.

Artikel 17
Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden.

Artikel 17a
(1) Gesetze über Wehrdienst und Ersatzdienst können bestimmen, daß für die Angehörigen der Streitkräfte und des Ersatzdienstes während der Zeit des Wehr- oder Ersatzdienstes das Grundrecht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten (Artikel 5 Abs. 1 Satz 1 erster Halbsatz), das Grundrecht der Versammlungsfreiheit (Artikel 8) und das Petitionsrecht (Artikel 17), soweit es das Recht gewährt, Bitten oder Beschwerden in Gemeinschaft mit anderen vorzubringen, eingeschränkt werden.
(2) Gesetze, die der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung dienen, können bestimmen, daß die Grundrechte der Freizügigkeit (Artikel 11) und der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13) eingeschränkt werden.

Artikel 18
Wer die Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere die Pressefreiheit (Artikel 5 Abs. 1), die Lehrfreiheit (Artikel 5 Abs. 3), die Versammlungsfreiheit (Artikel 8), die Vereinigungsfreiheit (Artikel 9), das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Artikel 10), das Eigentum (Artikel 14) oder das Asylrecht (Artikel 16a) zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht, verwirkt diese Grundrechte. Die Verwirkung und ihr Ausmaß werden durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen.

Artikel 19
(1) Soweit nach diesem Grundgesetz ein Grundrecht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden kann, muß das Gesetz allgemein und nicht nur für den Einzelfall gelten. Außerdem muß das Gesetz das Grundrecht unter Angabe des Artikels nennen.
(2) In keinem Falle darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden.
(3) Die Grundrechte gelten auch für inländische juristische Personen, soweit sie ihrem Wesen nach auf diese anwendbar sind.
(4) Wird jemand durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt, so steht ihm der Rechtsweg offen. Soweit eine andere Zuständigkeit nicht begründet ist, ist der ordentliche Rechtsweg gegeben. Artikel 10 Abs. 2 Satz 2 bleibt unberührt.

Artikel 20
(1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.
(2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.
(3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.
(4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.

»JOURNALISMUS IST, ZU VERÖFFENTLICHEN, WAS ANDERE NICHT GEDRUCKT HABEN WOLLEN. ALLES ANDERE IST PROPAGANDA.« GEORGE ORWELL

***Art. 146** Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit [erst] an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.*